

# aus politik und zeit geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

B 35/64  
26. August 1964

Der Zweite Weltkrieg

Ursachen und Folgen  
in der Sicht deutscher  
und ausländischer Historiker

Paul Kluge, Dr. phil., Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Frankfurt; geb. 31. Juli 1908 in Dabendorf, Kr. Teltow/Mark. Veröffentlichung u. a.: Vom Weg einer Idee der Geschichte, Göttingen 1963.

John L. Snell, Professor für Neuere Geschichte an der Tulane Universität, New Orleans, La., geb. 2. 6. 1923 in Plymouth, N. C., USA. Veröffentlichungen u. a.: Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany, New Orleans 1959; The Outbreak of the Second World War: Design or Blunder (Hrsg.), Boston 1962; Illusion and Necessity: The Diplomacy of Global War, 1939—1945, Boston 1963.

Maurice Baumont, Mitglied der Académie des sciences morales et politiques, Professor für Geschichte an der Sorbonne, Präsident des Comité d'histoire de la Deuxième guerre mondiale, geb. 1892 in Lunéville. Veröffentlichungen u. a.: La faillite de la paix (1919—1939), Paris; L'essor économique et l'impérialisme colonial (1878—1904), Paris; Gloires et tragédies de la Troisième république, Paris; La grande conjuration contre Hitler, Paris 1963.

Walther Hofer, Dr. phil., o. Professor für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern, geb. 1920 in Kappelen b. Aarberg/Schweiz. Veröffentlichungen u. a.: Die

Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1954 (Frankfurt 1960<sup>2</sup>, 3. erweiterte Auflage erscheint 1964); Der Nationalsozialismus, Frankfurt 1957; Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges, in: Handbuch der deutschen Geschichte, Konstanz 1960; Die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, Zürich 1963.

Mario Bendiscioli, Professor für neuere Geschichte an der Universität Pavia, geb. 1903 in Passirano b. Brescia. Veröffentlichungen u. a.: Nazism versus Christianity, London 1939; La politica della S. Sede 1918—1938, Firenze 1940 (spanische Ausgabe, Barcelona 1943); Antifascismo e resistenza, Rom 1964. Übersetzer des Buches von Gerhard Ritter, Die Weltwirkung der Reformation, Firenze 1963.

Andreas Hillgruber, Dr. phil., Lehrbeauftragter für Allgemeine neueste Geschichte an der Universität Marburg/Lahn; geb. 18. Januar 1925 in Angerburg (Ostpreußen). Veröffentlichungen u. a.: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, Wiesbaden 1954; Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges von B. S. Telpuchowski (zusammen mit H.-A. Jacobsen hrsg. und kritisch kommentiert), Frankfurt a. M. 1961; Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. II: 1942 (Bearbeitung und Einführung), Frankfurt a. M. 1964.

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/3, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Der Zweite Weltkrieg

Ursachen und Folgen in der Sicht deutscher und ausländischer Historiker

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat eine Anzahl deutscher und ausländischer Historiker eingeladen, sich in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum 25. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges zu äußern. Zwölf Beiträge von Autoren aus sechs Ländern liegen vor und werden in dieser und in der folgenden Ausgabe veröffentlicht. Einige dieser Artikel befassen sich vornehmlich mit der Vorgeschichte des Krieges und mit der Frage der Verantwortung, andere spannen den Bogen von 1939 bis zur Gegenwart.

Die vorliegende Ausgabe wird eingeleitet durch den Aufsatz eines deutschen Historikers, der bis 1914 zurückgreift und den Versuch einer historisch-politischen Gesamtschau der letzten 50 Jahre unternimmt. Es folgen einige Beiträge, die den Kriegsausbruch und die Schuldfrage zum Gegenstand haben. — Die nächste Ausgabe wird Beiträge enthalten, die rückschauende Betrachtungen mit einer Analyse der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die Gegenwart, vor allem der grundlegenden Wandlung der weltpolitischen Situation, verbinden.

## Paul Kluge: Die Weltkriege und Deutschland

Erst vor wenigen Wochen gedachten wir der Tage, da ein halbes Jahrhundert zuvor der österreichische Thronfolger ermordet worden ist und nach einer mehrwöchigen Krise der Erste Weltkrieg ausbrach. Dieser Krieg war so nicht beabsichtigt. Er war befürchtet, oft erörtert, von manchen Leuten vielleicht als Ausweg aus der Verrottung und Abstumpfung einer leergewordenen Zivilisation ersehnt, aber niemals planmäßig in ein politisches Kalkül der Regierenden einbezogen worden und ist insgesamt doch mehr als eine schicksalhafte Entwicklung hingenommen worden. Aber gleichviel wie er heraufgeführt wurde, er hat die weitestreichenden Folgen gehabt; es gingen wirklich im August 1914 die Lichter über dem alten Europa aus, wie es der englische Außenminister Grey in düsterer Voraussicht damals ausgesprochen hat. Und nun fährt sich in einem Abstand eines Vierteljahrhunderts heute der Beginn des Zweiten Weltkrieges, der für einen großen Teil der Menschheit und für unser Volk insbesondere eine noch viel schrecklichere Katastrophe heraufgeführt hat. Doch im Gegensatz zum Ersten spielt an seiner Heraufführung viel mehr bewußte menschliche Absicht mit, ja es ist geradezu in diabolischer Vorausberechnung monatelang zuvor von Hitler der Termin des Kriegsbeginnes festgelegt und die Verschär-

fung der die wahre Verantwortung tarnenden diplomatischen Krise auf dieses Datum hin abgestellt worden. Wenn darum auch die Frage nach den Verantwortlichkeiten für die Auslösung des Ersten Weltkrieges die politische und die wissenschaftliche Diskussion in allen beteiligten Ländern jahrelang mit tief-

Paul Kluge	
<b>Die Weltkriege und Deutschland . . .</b>	<b>S. 3</b>
John L. Snell	
<b>Wie es 1939 zum Kriege kam . . . . .</b>	<b>S. 10</b>
Maurice Baumont	
<b>Betrachtungen eines französischen Historikers über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges . . . . .</b>	<b>S. 18</b>
Walter Hofer	
<b>Das weltpolitische Dreieck Berlin-Rom-Tokio und die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges . . . . .</b>	<b>S. 24</b>
Mario Bendiscioli	
<b>Eine tendenziöse Auffassung vom Ursprung des Zweiten Weltkrieges: David L. Hoggan . . . . .</b>	<b>S. 30</b>
Andreas Hilgruber	
<b>Der Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 in der Sicht der sowjetischen Geschichtsschreibung . . . . .</b>	<b>S. 32</b>

stem Ernst in Anspruch genommen hat, so hat es eine echte Kriegsschulddebatte beim zweiten Male gar nicht gegeben. Ein Versuch der letzten Zeit, sie in Gang zu bringen, ist in wissenschaftlichem Sinne allzu unlänglich und politisch allzu durchsichtig gesteuert gewesen, um überhaupt Beachtung zu verdienen.

In der geschichtlichen Betrachtungsweise liegt ja, oberflächlich gesehen, ein merkwürdiger Widerspruch. Sie hat es zunächst mit einem Gerüst von Jahreszahlen zu tun, Jahrhunderte oder sogenannte „runde“ Zahlen werden zur Einteilung des unendlichen Stromes menschlicher Handlungen verwandt, oder sie dienen, wie in unserem Falle, dazu, an ein solch rundes Datum ein Gedenken betrachtender Rückschau zu knüpfen. Und doch ist gerade der Historiker, auch wenn er sich innerhalb eines solchen Zahlenfeldes tummelt, zutiefst von der Gleichgültigkeit oder sagen wir zumindest Zufälligkeit bloßer Zahlenbeziehungen überzeugt. Geschichte ist ihm nicht lediglich Chronik, nicht Summe von Ereignissen in einem bestimmten Zeitraum, sondern sein Bemühen geht immer wieder darauf, hinter aller blinden Vordergründigkeit des Handelns größeren Zusammenhängen nachzuspüren, Entwicklungslinien aufzuzeigen, eine verstehende Interpretation zu geben. Auch wenn nur religiöse Gewißheit der dunklen Rätselhaftigkeit menschlicher Existenz eine letzte Sinndeutung zu geben vermag, so strebt doch auch eine historische Betrachtung, die sich der Grenzen wissenschaftlichen Tuns bewußt bleibt, danach, in den menschlichen Auseinandersetzungen, die Gegenstand von Politik und Geschichte sind, das Bleibende zu entdecken, neben allen materiellen Bedingtheiten von Raum, Technik oder Sozialstrukturen das Ringen um große Ideen und um ihre Realisierung im kleinen und großen Bereich zu erkennen. „Der Geist muß wohl in allem rauschen, da jeder einzelne so schnell dahin“, sagt Gottfried Benn von dem „Wogen der Geschichte“. Ja es ist gerade so, daß nach solchen Bezügen, nach dem Vorherrschen bestimmter Ideen und nicht nach schematischer Zeiteinteilung die Gliederung der Geschichte vorgenommen wird, weil sich uns erst hieraus ihr Verständnis recht erschließt. Wir sprechen von einem Zeitalter der Reformation, der Aufklärung, des Liberalismus oder des Imperialismus. Zeitangaben sind nur Hilfsmittel, werden beinahe willkürlich verschoben, wie denn das 18. Jahrhundert für historisches Verständ-

nis meist mit dem Jahre 1789, dem Beginn der großen Französischen Revolution, zu schließen pflegt. Gleichermassen gilt für das 19. Jahrhundert, daß wir es mit 1914, dem Ausbruch des Weltkrieges, enden lassen.

Denn hier liegt die große Epochenscheide, die unsere Welt, in der wir zu leben haben, von der der früheren Generationen trennt. Von hier aus treten jene Mächte und Kräfte auf, suchen jene Ideen nach einer Verwirklichung, von denen das geistige Ringen und politische Handeln der Gegenwart erfüllt ist. Die Zeitgeschichte, die ja auch nicht ein Registrieren von Tagesereignissen, sozusagen akademische Journalistik darstellt, sondern eben wie alle Geschichte und mit gleicher wissenschaftlicher Methodik dem tiefersuchenden historischen Verständnis dienen will, sie setzt hier den Grenzstein dieser unserer Gegenwart. Der Zweite Weltkrieg, dessen Gedenken den äußeren Anlaß zu unseren Betrachtungen bietet, liegt mitten in dieser Zeitspanne. Er fügt dem Gesicht der Epoche keine grundsätzlich neuen Züge hinzu, er ist nur eine gewaltige Aufgipfelung aller der Zeit schon seit längerem innewohnenden Tendenzen, er läßt sie überdeutlich hervortreten. So können wir nicht von ihm aus unsere Betrachtungen beginnen, sondern müssen weiter zum Verständnis der Gegenwart eben bis in das Jahr 1914 zurückgreifen. Noch fühlen wir uns verbunden mit den Bemühungen etwa der Weimarer Republik, bitter haben wir an der Verantwortung für den Aufstieg des Nationalsozialismus und das Dritte Reich zu tragen. Aber was verbindet uns noch mit der Zeit vor 1914, das Heute und unsere Aufgaben in diesem Heute mit dem Gestern vor 1914, das unwiderruflich vergangen ist? Wie könnten wir uns noch bemühen, etwa die gesellschaftlich-politische Struktur unseres Vaterlandes vor dem Ersten Weltkriege zurückholen zu wollen? Jene sogenannte konstitutionelle Monarchie des Deutschen Reiches, in der ein Reichstag zwar auf breitem Wahlrecht beruhte, aber doch nur, wie es Max Weber formuliert hat, zu einem bloßen „Bewilligungsapparat“ geworden war, während alle tatsächliche Macht bei der Krone, ihrer Bürokratie und ihrer Armee lag, während ihre Gesellschaft von der halbfeudalen Struktur des großen Bundesstaates Preußen geprägt war, in welcher Adel, Beamtentum und Offizierskorps den Ton angaben? Können wir uns überhaupt noch jenes Europa vorstellen, das einmal glaubte, die Welt beherrschen und andere Erdteile als Kolonien, Siedlungsgebiete, Interessensphären seiner Groß-

mächte aufteilen zu können? Jenes Europa, dessen sechs Großmächte in einem verschachtelten System von Bündnissen und Ententen das Machtschergewicht von zwei Gruppen so kunstvoll untereinander ausbalanciert hatten?

Aber wie hat sich ein solches Aussehen der Welt in den wenigen Jahren des Weltkrieges so grundlegend gewandelt. Schon der Name des Völkerringens als eines Weltkrieges zeigt ja das Neue an. Er besagt doch, daß nicht nur die europäischen Großstaaten auch das Potential ihrer überseeischen Gebiete in das Ringen warfen, sondern daß von jetzt an, wie der Kampf weltumfassend geworden war, alle bedeutenden Entscheidungen auch die ganze Welt betreffen werden, daß sich von jetzt an kein Land mehr abschließen kann, Stellung zu den neuen politischen Ideen zu nehmen hat, sich einer Ordnung, die über souveräne Nationen hinausweist, irgendwie bekennend einfügen muß. In jenem Kriege hat zum ersten Male die Technik ihre alles zerstörende Gewalt bewiesen. Bis dahin fühlte sich der Mensch voll eines sieghaften Optimismus in einem unbegrenzten Aufstieg zu noch gar nicht erahnten Weiten und Möglichkeiten, immer als der Herr dieser Technik, nun aber wurde er ihrer schrecklichen Vernichtungskraft ausgesetzt. Der geniale Stratege durfte sich nicht mehr als Herr des Schlachtfeldes fühlen, sondern wurde zum Sklaven dieser Technik. Der Soldat wurde unter die Erde, in den Schützengraben gezwungen. Heldenmut junger vorstürmender Kriegsfreiwilliger bei Langemarck mochte sich noch gut für die patriotische Legende eignen; er war doch militärisch sinnlos geworden. Materialschlachten auf den mit Hekatomben von Menschenleibern gedüngten Schlachtfeldern, auf denen etwa bei Verdun schließlich auf wenigen Quadratkilometern eineinhalb Millionen Franzosen und Deutsche gefallen sind, sollten entscheiden, welche Armee sich zuerst verblutet hatte. Wenn die Flugwaffe damals noch in ihren Anfängen steckte, so hatte der chemische Krieg mit dem Giftgas schon eine scheußliche Perfektion erfahren. Eine Generation, die bei allen Kriegführenden mit Begeisterung in den Kampf gezogen war, in einem patriotischen Aufschwung sondergleichen, mochte sich am Ende nach vier Jahren solcher perfektionierten Vernichtung wohl die Frage stellen, ob der Krieg überhaupt noch in Zukunft ein legitimes Mittel der Politik sein dürfe. Aus solcher Einsicht fand nicht nur die humanitäre pazifistische Bewegung weiteste Zustimmung, auch die offizielle Diplomatie

der Regierungen beteiligte sich schließlich ein Jahrzehnt nach Kriegsende an einem Vertrage, der den Krieg zu ächten unternahm.

Der Weltkrieg hatte begonnen als eine Kraftprobe von Großmächten alten Stiles. An seinem Ende aber schälten sich drei Erscheinungen als überragende, alle künftige Entwicklung bestimmende Tendenzen ab: der Anspruch erwachender kleinerer Völker, der Nationalitäten generell auf Mitwirkung im internationalen Spiel; die sozialistische Idee, die in der Ausprägung des Bolschewismus nach dem Siege der russischen Oktoberrevolution ein Weltreich umzuformen unternahm; endlich die Herausstellung der Demokratie als der Staatsform reifer Völker. Wohl hatte Westeuropa sie bereits ausgebildet, aber erst mit dem Heraustreten der Vereinigten Staaten aus der bisherigen selbstgenügsamen Erschließung ihres Kontinents, und zwar mit dem bewußten Heraustreten unter einem demokratischen Missionsauftrage, erhielt der Gedanke weltweite Kraft. Mit diesen Tendenzen hatte sich fortan jedwede deutsche Regierung als mit den Lebensfragen der Zeit auseinanderzusetzen.

Deutsche Geschichtsbetrachtung hat gern die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts als das Zeitalter der Nationalbewegung charakterisiert, obwohl sich damals neben der deutschen ja nur die italienische Nationalstaatsbildung durchgesetzt hat. Gewiß, es liegt darin, gerade vom deutschen Gesichtspunkt aus, eine Selbstbescheidung. Es wird anerkannt, ganz im Sinne des Baumeisters des deutschen Kaiserreiches, Bismarcks, daß die deutsche Nationalbewegung mit der kleindeutschen Reichsgründung zum endgültigen Abschluß gekommen ist, daß sie nicht über die Grenzen von 1871 mit einer groß- oder gar alldutschen Motivierung hinauszugreifen beabsichtigt. Das ist ein Maßhalten in überragendem Erfolge gewesen, das von Bismarck aus noch fast ein halbes Jahrhundert die amtliche deutsche Diplomatie und auch weiteste Kreise des Volkes bestimmt hat. Es liegt aber in einem solchen Epochenverständnis ebenso auch der Keim zu einer Nichtberücksichtigung von Ansprüchen anderer Völker, etwa verunglückter Nationen wie der Polen oder erwachender Völker, die doch auch ihrerseits nach einer angemessenen Berücksichtigung auf internationalem Felde, wenn nicht nach souveräner Staatlichkeit strebte. Für sie aber war in dem alten europäischen Staatensystem und in dem geschichtlich-politischen Denken des deutschen Volkes noch kein Platz. Für Bismarck war

das alte Habsburgerreich, der Vielvölkerstaat im Donaauraum, ein Eckstein seines Bündnis-systems gewesen. Ebenso haben alle seine Nachfolger auf dem deutschen Kanzlerstuhl seine ungeschmälerte Existenz auch als eine deutsche Lebensfrage angesehen. Bethmann Hollweg hat dafür den Krieg auf sich nehmen zu müssen geglaubt. Dieser Habsburgerstaat aber war schon längst seiner Nationalitäten-sorgen nicht mehr Herr geworden und hatte sich nur noch mit dem Notstandsparagraphen regieren können. Unter solchem inneren Druck waren die Autonomieforderungen der habs-burgischen Völker nur noch gewachsen, wäh- rend doch die Nationalisierung des Balkans im Gefolge des Zusammenbruchs der türki- schen Herrschaft und die erste russische Revo- lution von 1905 der Idee der Selbstbestim- mung eines jeden Volkes noch mehr Nach- druck verliehen. Der Verlauf des Weltkrieges aber ließ alle Nationalitätenwünsche erst recht anschwellen, und jetzt wurden natürlicher- weise die erwachten Völker zu unbedingten Gegnern Habsburgs und seiner rein restaura- tiven Politik und damit notwendigerweise auch seines deutschen Verbündeten. Die Füh- rer dieser jungen Völker gingen in die Emi- gration und fanden sich in den Hauptstädten der Entente. Schließlich entwarf der geistig bedeutendste von ihnen, Thomas Masaryk, die Programmschrift eines „Neuen Europa“, das sich nach dem Zusammenbruch von multi- nationalen Staaten nur noch aus freien, sich selbst verwaltenden Völkern zusammensetzen sollte und das in einer über den Einzelstaaten stehenden, ausgleichenden föderalen Organi- sation seine Vollendung finden sollte. Es war eine Bewegung, die hervorbrach mit der ele- mentaren Gewalt eines Naturtriebes, seiner Kraft und auch seiner Unbedenklichkeit gegen alle Folgen. Aber bis zum Kriegsende glaubte die deutsche Politik, sie negieren zu können. Das galt nicht nur gegenüber dem Habsburger- reiche, das in seiner alten Form zu erhalten war, sondern auch im eroberten Ostraum, bei dessen Neuordnung durch den Frieden von Brest-Litowsk die dortigen Nationen, die Polen an der Spitze, mit einer nur dünn ver- schleierten Scheinautonomie in einem deut- schen Herrschaftsraum abgefunden werden sollten.

Ganz anders verhielten sich dazu die anderen beiden Potenzen, die von nun an das inter-

nationale Kräftespiel maßgeblich beeinflussen; die amerikanische Demokratie und der Bol- schewismus. Sie waren ohnehin allein schon vom Raum her zu den Weltmächten der Zu- kunft prädestiniert. Trotzdem aber suchten sie beide auch von der politischen Idee her ein Bündnis mit der Nationalitätenbewegung zu begründen. Der Bolschewismus hat nicht nur von seiner marxistischen Grundlage her einen Weltauftrag übernommen und seinen Sieg im russischen Reich als den ersten Schritt der siegreichen sozialistischen Weltrevolution verstanden, er hat mit dieser Mission auch eine Lehre der Völkerbefreiung zu verknüp- fen unternommen. Es war Lenins geniale pro- pagandistische Waffe, daß er soziale und nationale Bestrebungen als verschiedene Aus- drucksformen des einen allgemeinen Grund- problems zu sehen lehrte, eben der Befreiung der Menschheit aus der bürgerlich-kapitalisti- schen Welt. Dabei hat er zu Beginn der bol- schewistischen Revolution den nationalen Autonomiebestrebungen in dem Vielvölker- raum des ehemaligen Zarenreiches vollste An- erkennung gegeben bis hin zum Recht des Ausscheidens aus dem bisherigen Staats- verbande. Dies Recht ist ja tatsächlich auch in den westlichen Randzonen, in Finnland wie in den baltischen Gebieten, mit Erfolg in Anspruch genommen worden. Im weiteren Verlaufe der Revolution, in der Befestigung der bolschewistischen Herrschaft konnte man allerdings einen Schritt weitergehen, um einem fortschreitenden Reichszerfall aus der allzu nachdrücklichen Realisierung eines ideologi- schen Programmpunktes entgegenzutreten. Es wurde nun der Begriff des Volkes, der Nation, noch weiter differenziert und den neuen poli- tischen Zweckmäßigkeiten angepaßt. Es wurde die Frage gestellt, wer denn zur Repräsentanz einer Nation, zum Sprecher ihres wahren Willens, berufen sei, und es wurde die unter dem kommunistischen Geschichtsverständnis naheliegende Antwort gegeben, daß dies nur die Arbeiterklasse, natürlich ihre erwachten, einem echten Sozialismus zugewandten Ver- treter sein könnten. Damit ließ sich aus dem wahren Rechte eines Volkes auf Selbstbestim- mung statt einer Lostrennung nun auch ein unauflösliches Bündnis zwischen einem aus der Arbeiterklasse repräsentierten Volke und dem Mutterlande der schon siegreichen Revo- lution herstellen. Diese Umprägung der Ideo-

logie mit ihren mannigfachen praktischen Anwendungen im innen- und außenpolitischen Ringen der Sowjetunion ist wohlbekannt. So erübrigt es sich, ihr im einzelnen nachzugehen, um auch ihre ganze Fragwürdigkeit bis hin zur brutalen Unterdrückung nationalen Freiheitsstrebens darzulegen. Es bleibt trotz allem für das Verständnis der folgenden politischen Entwicklung im osteuropäischen Raum wesentlich, sich die unerhörte Geschmeidigkeit einer Doktrin zu vergegenwärtigen, die auch die Naturkraft des nationalen Gedankens sich einzugliedern suchte.

Demgegenüber bedurfte die Verbindung der amerikanischen Haltung auf internationalem Felde mit der Förderung des Nationalgedankens keiner gewagten ideologischen Umdeutung. Sie war naturgegeben, es war Geist von gleichem Geiste, Übertragung der innenpolitischen Ideale, aus denen die Vereinigten Staaten im Laufe von anderthalb Jahrhunderten sich geformt hatten, nun auch auf die Außenpolitik. Sie konnte zwanglos erfolgen, als Präsident Wilson sein Land endgültig aus der Isolierung herausführte und das amerikanische Eingreifen auf dem europäischen Kriegsschauplatze in der zweiten Hälfte des Weltkrieges zu dem Anlauf benutzte, der Welt insgesamt eine neue Ordnung zu geben. Er wurde, unter ausdrücklicher Distanzierung von den Westmächten und ihren Großmachtvorstellungen, damit viel näher an die kleinen europäischen Nationen und ihre Ansprüche herangeführt. Seiner Idee der allgemeinen Durchsetzung der Demokratie in der neuen Weltordnung und der Selbständigkeit aller politisch reifen Völker, in der Gebundenheit der freiwilligen Anerkennung nachbarlicher Rechte — der Individuen und der Völker — entsprach als Gegengewicht zu solcher auflockernden Politik zugleich die Befürwortung einer über den souveränen nationalen Staaten stehenden internationalen Ordnungsinanz, eines Völkerbundes als einer allgemeinen Weltliga. Seiner Schaffung noch vor der Neuzeichnung der europäischen Landkarte galten die ersten und ganz persönlichen intensiven Bemühungen des nach Europa gekommenen Präsidenten; er wollte aus der Liga eine wirklich starke Institution machen: „Ein neues Lebewesen ist da“, so verkündete er stolz den in Paris versammelten Staats-

männern der Mächte, als er ihnen die Satzung des Völkerbundes vorlegte.

Das waren die neue Welt, die politischen Ideen, die aus dem Chaos des Ersten Weltkrieges emporstiegen. Sie mußten sich, zumal in ihrer Ausprägung durch die Ordnung der Pariser Vorortverträge, alle Umbiegungen und Gewaltigkeiten gefallen lassen, die noch von je geistige Werte auf politischem Felde erfahren haben, wo sich hart im Raume die Sachen und die Interessen stoßen. Das wurde um so bedenklicher, als auch die amerikanische Demokratie noch einmal sich in die freiwillige Isolierung zurückziehen zu können glaubte und damit dem Völkerbund schon in seiner Geburtsstunde fast den Todesstoß versetzte. Aber trotzdem, die Ideen waren stark und zukunftssträftig, sie ließen von nun an kein Land mehr los, sie zwangen einen jeden verantwortlichen Staatsmann, sich nach den geistigen und realen Gegebenheiten seines Volkes mit ihnen auseinanderzusetzen.

Darin sehen wir, unter dem größeren Abstand zu dem Geschehen, in welchem die heutige Betrachtung steht, auch das Thema der Geschichte des deutschen Volkes in diesem Zeitraum insgesamt, ja hier kommt es noch viel eindringlicher heraus, als eben dieses Volk mitten zwischen den Ideen und den Machtströmen lag und nicht mehr allein aus eigener Tradition leben konnte. Diese prinzipielle Thematik änderte sich nicht zwischen den Weltkriegen, trotz der diametralen Andersartigkeit von Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur. Gewiß war es herab von der stolzen Höhe des Reiches vor dem Zusammenbruch ein schweres Einleben in die neue Weltsituation nach 1918, um so mehr, als ein großer Teil des deutschen Volkes nur geneigt war, den Blick auf Versailles und auf das dem deutschen Volke dort angetane „Unrecht“ zu richten. Demgegenüber war es die große Leistung der Politik Gustav Stresemanns, nun auch eine der neuen Weltlage gemäße Konzeption zu entwickeln und sie behutsam Schritt für Schritt, unter vielen Enttäuschungen zwar und doch unbeirrt, in die Wirklichkeit umzusetzen. Aber er hatte einzusehen gelernt, daß demokratischer Gedanke, Nationalitätenrecht und Selbstbestimmung durchaus im Einklang mit den deutschen Lebensinteressen der Gegenwart und Zukunft standen, und umgekehrt,

daß eine an ihnen orientierte deutsche Politik im Einklang mit den Grundströmungen der Weltentwicklung stand. Sogar mit der Sowjetunion konnte in den Anfangsjahren der Befestigung des Bolschewismus eine außenpolitische Übereinstimmung erreicht werden, ohne demokratische Ideen preiszugeben. Deutschland konnte seine naturgegebenen Lebensinteressen verfolgen und hatte doch in sinnvoller Einordnung einen ehrenvollen Platz im Rate der Völker wieder eingenommen.

Als Hitler an die Macht kam, da hat er auf dieser wohlbegründeten Basis lange sich bewegen, von hier aus gut gedeckt die Umstellung seiner Politik auf eine ganz andere Zielsetzung vornehmen können. Er war elf Jahre jünger als Stresemann und doch in seiner ganzen Vorstellungswelt hinter der neuen Weltsituation, die sich aufgetan hatte, zurückgeblieben. Seine Grundanschauungen hatten sich in der ausgehenden Donaumonarchie des erbitterten Nationalitätenhaders und in der deutschen Krise des unmittelbaren Zusammenbruchs geformt; es waren abgestandene und mit der Simplifizierung noch verhängnisvoller wirkende Gedankenketten des 19. Jahrhunderts, die sich dann im gellenden Chauvinismus des Agitators zu dem Aufruf zum Lebensraumkampf zusammenfügten. Hitler mochte in den Jahren seines politischen Aufstiegs und auch in den Vorbereitungs Jahren als Reichskanzler bis hin nach München eine oftmals diabolisch-geniale taktische Geschicklichkeit entwickeln — die politische Strategie und ihre ideologische Grundlage waren verhängnisvoll verfehlt vom ersten Tage an und zum Untergang notwendig verurteilt. Denn er setzte sich nicht nur gegen einzelne Staaten, sondern gegen die drei großen politischen Triebkräfte der Zeit in Widerspruch. Er forderte sie schließlich alle zugleich zum Entscheidungskampf heraus und brachte damit ihre zeitweilige Allianz zustande. Aber nicht nur die in den Weltmächten der Sowjetunion und der Angloamerikaner verkörperten politischen Lebensformen behaupteten ihre Überlegenheit. Auch die dritte Potenz, der nationale Lebenswille bewies selbst in kleineren Völkern im unmittelbaren Bereich des machtbereichenden Diktators eine unüberwindliche Stärke und trug mit den nationalen Widerstandsbewegungen durch ganz Europa zum Untergang

Hitlers bei. Die nationalsozialistische Kriegsunternehmung, in sich eine politisch-moralische Verblendung, wurde vollends ein Verbrechen infolge der Entwicklung, die die Technik seit dem Ersten Weltkrieg genommen hatte. Ihre Mittel schlossen jetzt bereits umfassende Vernichtungsmöglichkeiten ein. Sie dienten auch nicht „nur“ zur weiteren Perfektionierung der Kriegsmaschine, sondern einem Hitler zum millionenfachen Verbrechen des Massenmordes, und sie konnten auch den Flammensturm über Europas Städte, von Rotterdam und Coventry bis hin nach Hamburg und Dresden entfesseln. Es war schon ein düsteres Vorspiel des Atomtodes, der als ständige Drohung seit Hiroshima über der Menschheit lastet.

So kam mit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, in der von Hitler aufgezwungenen Identifizierung von Führer, Nationalsozialismus und deutschem Volke, die große Katastrophe über das deutsche Volk und seine geschichtliche Leistung von tausend Jahren. Sie ließ in der Tiefe des Unglücks zuerst am Sinn der deutschen Geschichte, vielleicht am Sinn der Geschichte überhaupt verzweifeln. Sie hinterließ auch trotz der äußeren Erholung des westlichen Rumpfdeutschland in der Arbeit von zwei Jahrzehnten die Tragödie der Zerreißung, und sie stellt uns als bleibende Aufgabe das ständige Neudurchdenken unserer Vergangenheit und unserer Gegenwart. Ihr wenden sich letztlich alle Überlegungen zu, die von den Erinnerungsdaten dieser Wochen, dem Suchen nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten der beiden Weltkriege, heraufbeschworen werden. Allgemein ist die Überzeugung geworden, daß niemals mehr ein Krieg irgendein politisches Ziel herbeiführen kann und soll. Reichskanzler Bethmann Hollweg, der in seiner Persönlichkeit alles andere als ein vom Machtrausch erfaßter Politiker gewesen war, mochte 1914 noch einen Krieg als eine letztlich unausweichliche Pflicht ins Auge fassen. Als vor Präsident Kennedy in der Kuba-Krise sich die große Frage auftat, da war der Brennpunkt seiner Überlegungen, daß ein voreiliger oder falscher Schritt die Auslöschung von 300 Millionen Menschen in Rußland, Europa und Amerika bedeuten würde. Der Krieg als Mittel, als Fortsetzung der Politik, ist



ausgeschaltet. Politisches Handeln ist aber darum nicht ärmer, kürzer, beschränkter geworden. Im Gegenteil, der politische Bereich dehnt sich erst recht auf alle Lebensäußerungen aus. Und es ist nur eine scheinbare Stagnation, zu der manche Probleme dadurch verurteilt werden, weil für sie zur Zeit eine gerechte, allen Beteiligten annehmbare Lösung noch nicht sichtbar wird. Die Formulierung von der „Lösung — so oder so“ war eines der verhängnisvollsten Worte, das uns aus der Zeit der Gewaltsamkeiten noch im Ohr nachklingt. Die Notwendigkeit der Koexistenz aber gebietet eine andere Art des Handelns. Das gilt mit vielem andern auch von der Tatsache der deutschen Teilung, die wir nun als das schwerste Erbe aus dem am 1. September 1939 in Gang gesetzten Kriege übernommen haben. So wenig aber eine schnelle Lö-

sung für die Wiedervereinigung abzusehen ist, so sehr wissen wir uns mit dieser Forderung, die auf dem Selbstbestimmungsrecht eines reifen Volkes beruht, doch auch im Einklang mit der großen, alles durchwaltenden Idee unserer Zeit. Der Krieg war von Hitler einst gegen die Zeit begonnen worden — die aus ihm hervorgegangene Grundforderung einer deutschen Politik der Gegenwart aber steht mit den Grundströmungen der Zeit in Übereinstimmung.

Gerade eine historische Besinnung, die sich in schonungsloser Eindringlichkeit der Katastrophen unserer Geschichte in den zwei Weltkriegen von 50 und 25 Jahren und der deutschen Mitverantwortung daran, vor allem an dem zweiten Kriege, zuwendet, läßt uns darum in diesen Gedenktagen auch wohlberechtigte Hoffnung für die Zukunft schöpfen.

## Wie es 1939 zum Kriege kam

Die Beurteilung der Schritte, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten, war 1939 unterschiedlich und ist es fünfundzwanzig Jahre später noch immer. Mindestens sieben oder acht Erklärungen der Ursachen des Krieges sind vorgelegt worden <sup>1)</sup>.

Zunächst wäre zu nennen, was man als das Verdikt des Sieges bezeichnen könnte, nämlich die Erklärung von Nürnberg. Diese Erklärung, die den Urteilsspruch des berühmten Gerichtshofes widerspiegelte, der die Nazi-Kriegsverbrecher in den Jahren 1945—46 aburteilte, besagt, daß die Führung Deutschlands im Jahre 1939, im besonderen Adolf Hitler, allein verantwortlich war für die vorsätzliche Planung und Entfesselung des Zweiten Weltkrieges.

Der Nürnberger Prozeß war eine der letzten einheitlichen Handlungen der „strange allies“ des Zweiten Weltkrieges. Der Kalte Krieg führte alsbald zu gegenseitigen Beschuldigungen, die sowohl die Gegenwart wie die Geschichte betrafen, und schon 1948 waren voneinander abweichende und sich widersprechende Erklärungen der Ursachen des Krieges von 1939 vernehmbar. Ausgerüstet mit erbeuteten deutschen Dokumenten erinnerten sich 1948 westliche Historiker immer häufiger an den deutsch-sowjetischen Vertrag vom 23. August 1939 und kritisierten Josef Stalin wegen seiner Ermutigung der Hitlerischen Aggression. Damit wurde eine zweite Erklärung dargeboten und durch Dokumente gestützt. Inzwischen entwickelten in der Sowjetunion Publizisten und Historiker eine dieser zweiten durchaus zuwiderlaufende dritte Version, die behauptete, die Westmächte, nicht die UdSSR, hätten Hitlers Expansion vorsätzlich gefördert. Die Sowjetunion veröffentlichte ebenso wie der Westen Dokumente aus erbeuteten deutschen Archiven, um ihre Argumente zu untermauern. Einige westliche Gelehrte haben diese Version überzeugend gefunden. Andere behaupteten zwar nicht, daß Großbritannien und Frankreich Hitler absichtlich gen Osten dräng-

ten, wiesen aber darauf hin, daß sie die Anexion Österreichs und des Sudetenlandes durch Hitler stillschweigend billigten und es versäumten, 1939 unter den sowjetischen Bedingungen einen Pakt mit der UdSSR zu schließen. Dies wäre die vierte Ansicht über den Kriegsausbruch. Die Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit hat einer fünften These wenig Beachtung geschenkt, die Hitler selbst dem deutschen Volke vorlegte, als er 1939 zum Kriege schritt: Polen habe durch die Unterdrückung seiner deutschen Minderheit und durch Grenzübergreifungen Deutschland den Krieg aufgezwungen. Da sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion in der Nachkriegszeit um Italien warben, haben die Historiker eine sechste, in den Jahren 1939—1940 oft gehörte These nicht weiter verfolgt, die Benito Mussolini und Italien eine erhebliche Verantwortung für den Kriegsausbruch aufbürdete.

Die meisten Deutungen der Ursachen des Krieges von 1939 messen die Hauptverantwortung Nazi-Deutschland zu, während an zweiter Stelle in der Verantwortung eine andere Nation oder Gruppe von Nationen steht. Die deutschen Historiker selbst haben Deutschlands Hauptverantwortung anerkannt. 1962 hat jedoch ein hervorragender britischer Historiker, A. J. P. Taylor, die Diskussion über die Kriegsursachen durch ein Buch wiederbelebt, daß das Urteil von Nürnberg als unhistorisch zurückwies. Taylor argumentierte, daß Hitler sich in seinen Zielen nicht sehr von anderen Staatsmännern unterschied, daß er den Krieg von 1939 nicht geplant hatte und daß der Konflikt infolge einer Reihe von Fehlern ausbrach. Ferner behauptete Taylor, daß die Fehler hauptsächlich der britischen Führung anzulasten sind. Dieser siebenten Deutung wurde 1961 eine achte hinzugefügt, als ein deutscher neonazistischer Verleger das umfangreiche Buch eines amerikanischen „Historikers“, David L. Hoggan, druckte, das den polemisierenden Titel „Der erzwungene Krieg“ trug. Hoggan behauptete, daß der Krieg nicht das Ergebnis von britischen Fehlern war, sondern daß der britische Außenminister Lord Halifax ihn vorsätzlich angezettelt und Hitler aufgezwungen habe. Halifax' „Kriegspolitik“

1) Verschiedene Deutungen werden vorgestellt in: John L. Snell (Hrsg.), *The Outbreak of the Second World War. Design or Blunder?*, Boston 1962.

habe den „heimlichen Segen Roosevelts und Stalins“<sup>2)</sup> gehabt.

Eine Einführung in die verschiedenartigen Deutungen eines bedeutenden historischen Ereignisses ist ein gutes Mittel, um Studenten oder die Öffentlichkeit zu verwirren und sie so dazu zu bringen, sich mit diesem Ereignis näher zu beschäftigen. Es ist ein gutes Mittel, sie zum Denken zu zwingen. Man darf aber nicht zulassen, daß Studenten oder die Öffentlichkeit lediglich verwirrt bleiben; sie dürfen keineswegs in dem Glauben belassen werden, eine Deutung sei so gut wie die andere. Sie sollten dazu gebracht werden, das gesamte Quellenmaterial zu diesem Ereignis sorgfältig zu prüfen und sich kritisch mit dem Verhältnis von Quellen und unterschiedlichen Deutungen auseinanderzusetzen. Jeder objektive Versuch, die Ursachen des Krieges von 1939 zu erklären, muß mit einer Sachfrage beginnen: mit der Situation, in die Europa als Folge des Ersten Weltkrieges und der anschließenden Friedensregelung geraten war<sup>3)</sup>. Zwei Tatbestände sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, und man muß sie bei dem Versuch einer Erklärung des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges in Betracht ziehen:

Tatbestand I: Die Friedensregelung führte zu einem instabilen Kräftegleichgewicht in Europa, das durch seine Künstlichkeit eine Übergangslösung zu sein bestimmt war. Die Macht Amerikas ermöglichte den Sieg der Westmächte im Kriege und die weitere Schwächung Deutschlands bei der Friedensregelung in Paris. Danach zog sich die amerikanische Macht abrupt aus Europa zurück. Die Schwäche sowohl Deutschlands wie auch Sowjetrußlands war nur eine zeitweilige. Als sich beide erholten und stärker wurden, wurde es wahrscheinlich, daß sie sich gegen die Regelung von 1919 wenden und dabei Erfolg haben würden.

Tatbestand II: Der Krieg und die Friedensschlüsse schufen in Ostmitteleuropa eine Anzahl kleiner Staaten, die 1914 noch nicht existiert hatten. Sie waren wirtschaftlich schwach und besaßen nicht die Kraft, nach 1933 dem wachsenden Druck Nazi-Deutschlands und Sowjetrußlands ohne westliche militärische Unterstützung zu widerstehen. Ob-

gleich der Westen viel dazu getan hatte, diese Staaten 1918/19 ins Leben zu rufen, war er nicht gewillt zu kämpfen, um irgendeinen von ihnen zu retten, jedenfalls nicht vor dem 1. September 1939 (noch auch, im übrigen, nach 1945). Von Finnland, Estland, Lettland, Litauen und der Freien Stadt Danzig im Norden über Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich in der Mitte bis nach Jugoslawien, dem vergrößerten Rumänien und Griechenland im Süden stellten diese schwer ringenden Staaten ein Machtvakuum dar, in das zuerst Nazi-Deutschland und das faschistische Italien und später — nach 1944 — die UdSSR hineinstoßen konnten.

Diese beiden deutlich sichtbaren Ergebnisse des Ersten Weltkrieges — die Künstlichkeit der deutschen und sowjetischen Schwäche und das ostmitteleuropäische Machtvakuum — machten den Zweiten Weltkrieg zwar nicht unvermeidlich, ließen ihn jedoch möglich werden oder vergrößerten sogar die Wahrscheinlichkeit des Krieges. Hitlers Vorstellung von der Welt, seine ehrgeizigen Ziele und seine Macht, die Richtung der deutschen Außenpolitik allein zu bestimmen, stehen im Mittelpunkt jeder objektiven Erklärung der Ursachen des Zweiten Weltkrieges.

In seiner vulgär-darwinistischen Sicht der Welt war Adolf Hitler das Opfer unsinniger Vorstellungen. Die erste war, daß jede Nation wählen müsse zwischen Niedergang und Tod einerseits und territorialer Ausdehnung andererseits. Er sah den Kampf um „Lebensraum“ zwischen den Nationen nicht nur als unvermeidlich, sondern als Quelle des Fortschritts an. Die Revision des Versailler Vertrages und die Zusammenführung aller Deutschen in einem Staat waren für ihn nur ein Mittel zu einem umfassenderen Ziel: der territorialen Ausdehnung Deutschlands nach Osten. Eine zweite verhängnisvolle Illusion war sein Glaube, Großbritannien würde nicht kämpfen, um die deutsche Vorherrschaft über Europa zu verhindern.

Die Verwandtschaft zwischen Hitlers Theorien und seiner tatsächlichen Außenpolitik wird offensichtlich, wenn wir uns mit den wichtigsten Einzelheiten der Krise von 1939 befassen. Eine solche Untersuchung sollte auch ganz klar zeigen, was den Krieg im Jahre 1939 verursachte.

Entsprechend seiner Selbsttäuschung hinsichtlich Großbritanniens stieß Hitler im März 1939 über die im Münchener Abkommen festgelegte Grenze in das Herz der Tschechoslowakei vor. Die strategischen Folgerungen aus Hitlers

2) David L. Hoggan, *Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkrieges*, Tübingen 1961, S. 793

3) Eine ausführliche Darstellung des Folgenden mit Quellen- und Literatur-Hinweisen findet sich in: John L. Snell, *Illusion and Necessity. The Diplomacy of Global War, 1939—1945*, Boston 1935.

Griff nach Prag waren für Beobachter der neuen Karte Europas deutlich sichtbar: Polen war jetzt von Deutschland in die Zange genommen, die eine — alte — Backe dieser Zange lag an seiner Westgrenze, die andere — neue — umklammerte seine Südgrenze (die Slowakei hatte im März 1939 Deutschland das Recht eingeräumt, auf seinem Gebiet Truppen zu unterhalten). Eine nervöse Zuckung Hitlers, und die Zange zerbrach Polen.

Der britische Premierminister Neville Chamberlain hatte jetzt seine Illusion über Hitler verloren. Das im Augenblick wichtigste Problem für Großbritannien und Chamberlain war die Rettung Polens; letzten Endes war es jedoch viel wichtiger, Hitler-Deutschland im Zaum zu halten. Am 30. März gab Chamberlain in einem eigenhändig geschriebenen Brief Polen das Versprechen: Sollte die polnische Unabhängigkeit in irgendeiner Weise bedroht werden und die Polen sich gezwungen sehen, militärischen Widerstand zu leisten, so würden die britische und französische Regierung „ihnen jede Unterstützung gewähren, die in ihrer Macht steht“, Polen hatte die britische Garantie nötiger, als Chamberlain annahm. Im Oktober 1938 hatte Hitlers Außenminister, Joachim von Ribbentrop, dem polnischen Botschafter in Berlin zu verstehen gegeben, Deutschland wünsche die Rückgliederung der Freien Stadt Danzig, die für Polen als Hafen notwendig war, und den Bau einer exterritorialen Autobahn und Eisenbahnverbindung durch das polnische Gebiet, das sich zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland erstreckte. Am 24. November hatte Hitler der Wehrmacht befohlen, Vorbereitungen für eine überraschende Besetzung Danzigs zu treffen. Dann hatte Hitler eine Zeitlang verwehrt, die polnische Einwilligung ohne Gewaltanwendung zu erlangen. Noch am 25. März 1939 hatte er voller Optimismus seinen Generalen verkündet, er wolle das Danzig-Problem nach Möglichkeit mit friedlichen Mitteln lösen. Nach Chamberlains Garantie für Polen aber war es gewiß, daß Warschau sich bloßem diplomatischen Druck nicht fügen würde. Zwischen März und dem 31. August 1939 weigerten sich Hitler und Ribbentrop, den polnischen Botschafter zu empfangen, obgleich dieser verschiedene Versuche unternahm, die abgerissene Verbindung neu zu knüpfen. Hitler wollte nicht reden, außer die Polen wären zur Kapitulation bereit, und möglicherweise nicht einmal dann. Am 3. April erhielt die Wehrmacht eine neue Weisung Hitlers: Es waren Vorbereitungen für einen Feldzug gegen Polen zu

treffen, so daß die Operation jederzeit vom 1. September 1939 an durchgeführt werden konnte. Zwischen Anfang April und dem 1. September bestimmte die von Hitler vorsätzlich ausgelöste polnische Krise die Diplomatie des Erdballs.

Im April brachte Hitler als zusätzliche diplomatische Trumpfkarte seine Beziehungen zu Mussolini ins Spiel. Als Italien am 7. April 1939 in Albanien einfiel, überzeugte die feindselige Reaktion Großbritanniens und Frankreichs — die Rumänien und Griechenland eine Garantie gaben — Mussolini davon, daß ein Pakt mit Berlin wünschenswert sei. Ein in Berlin niedergelegter Vertragsentwurf wurde am 12. Mai an Mussolini mit dem Vorschlag gesandt, daß die Unterzeichnung zwischen dem 21. und 24. Mai stattfinden sollte. Dies war kein Verteidigungspakt; er sollte Gültigkeit haben, gleichviel ob einer der Partner durch den Angriff einer dritten Macht oder durch eigene Angriffshandlungen in „krisische Verwicklungen ... geriet“. Mussolini nannte ihn den „Stahlpakt“. Am 22. Mai wurde er unter großem Gepränge in Berlin unterzeichnet. Am nächsten Tage bekräftigte Hitler in einer Besprechung mit hohen Militärbefehlshabern seinen Entschluß, Polen anzugreifen. Er gab zu, daß Danzig nur ein Vorwand war; der wirkliche Grund sei, mehr Lebensraum für Deutschland zu gewinnen. Man könne keine Wiederholung der Tschechen-Affäre erwarten, warnte er Polen würde bei der ersten sich bietenden Gelegenheit angegriffen werden. Am 14. Juni setzte Hitler den Stichtag für den Abschluß der militärischen Vorbereitungen auf den 20. August fest.

Nach allgemeiner Auffassung konnte sich Hitler auf den italienischen Beistand verlassen, falls es zum Kriege käme. Auf wen konnten Großbritannien und Frankreich rechnen, um Polen zu retten und gleichzeitig den Krieg zu vermeiden? Im Frühjahr 1939 wandte sich Chamberlain zögernd und voller böser Ahnungen an Moskau. In den folgenden langen Verhandlungen versicherte der Kreml seine Bereitwilligkeit, einen Pakt mit Großbritannien und Frankreich zu unterzeichnen, jedoch nur unter der Bedingung, daß Sowjettruppen im Falle eines Krieges in Polen einmarschieren könnten. Moskau verlangte darüber hinaus, daß die polnische Regierung freiwillig ihr Einverständnis mit dieser Klausel geben sollte.

Voller Furcht vor den sowjetischen Absichten, verweigerte Warschau die Zustimmung, und London und Paris übten zwischen Mai und

Juli keinen Druck aus, um Polen gefügig zu machen.

Unterdessen hatte Stalin seit März Berlin gegenüber die Möglichkeit einer Annäherung zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland angedeutet.

Während seines ganzen politischen Wirkens hatte Hitler die Notwendigkeit eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus gepredigt. Im Jahre 1935 hatte er als Antwort auf britische Vorschläge eines Nichtangriffspaktes zwischen allen Mächten Mittel- und Osteuropas rundheraus erklärt, eine Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus stünde völlig außer Frage. Beim Abschluß des Anti-Kominternpaktes mit Japan 1936 hatte Hitler gelobt, daß Deutschland keine politischen Verträge mit der UdSSR schließen würde. Sogar 1939 war Berlins erste Reaktion auf Moskaus Andeutungen einer möglichen Zusammenarbeit vorsichtig. Als aber der Widerstand der Westmächte und Polens gegen seine Forderungen anhielt, sogar noch nachdem der Stahlpakt unterzeichnet war, begann Hitler mit beträchtlichem Eifer um Stalin zu werben. Am 26. Juli gab Berlin Moskau zu verstehen, daß es zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer keine Probleme gebe, die zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Rußland führen müßten und daß ferner beide Länder gemeinsam im Gegensatz zu den kapitalistischen Demokratien Westeuropas stünden.

Am 12. August, zwölf Tage nachdem eine englisch-französische Militärmission in Moskau angekommen war, um über ein westliches Abkommen mit der UdSSR zu verhandeln, unterrichtete der Kreml Berlin, daß er bereit wäre, politische Probleme mit Deutschland zu erörtern. Die Sowjets betrieben ihr Doppelspiel voller Eifer. Am 14. August teilten sie der englisch-französischen Militärmission ohne Umschweife mit, die „erste Bedingung“ für eine sowjetische militärische Zusammenarbeit mit England und Frankreich sei eine Erklärung Polens an Moskau, daß es bereit sei, der Roten Armee im Kriegsfall den Einmarsch in polnisches Gebiet zu gestatten. Der polnische Außenminister Josef Beck weigerte sich nach wie vor, obgleich London und Paris ihn jetzt drängten, nachzugeben. Becks Stolz war ebenso unerschütterlich wie seine Furcht vor

den Russen. Am 20. August machte er seine letzte Konzession: Die englisch-französische Mission könnte den Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen zugestehen, „als ob die Frage nicht an Polen gestellt worden wäre.“

Unterdessen war Berlin die Geduld ausgegangen; Hitlers Stichtag für den Abschluß der militärischen Vorbereitungen rückte immer näher. Am 15. August wurde Molotow gebeten, einer Reise Ribbentrops nach Moskau zu Verhandlungen zuzustimmen. Als Molotow sich erkundigte, ob Berlin eine gemeinsame deutsch-sowjetische Garantie für die baltischen Staaten in Erwägung ziehen würde, gab Ribbentrop sein Einverständnis hierzu und schlug gleichzeitig einen auf 25 Jahre befristeten Nichtangriffspakt vor. Ribbentrop unterstrich auch die Notwendigkeit einer möglichst raschen Übereinkunft: Deutschlands Geduld angesichts der „polnischen Provokationen“ sei nahezu zu Ende, warnte er, „ernsthafte Zwischenfälle“ könnten sich jeden Augenblick ereignen.

Obwohl am 18. August ein deutsch-sowjetischer Handelsvertrag unterzeichnet worden war, war Hitler das sowjetische Vorgehen noch zu langsam. Am 20. August richtete er eine Botschaft direkt an Stalin. Die Spannungen mit Polen seien „unerträglich“ geworden, sagte er; Ribbentrop solle am 22. oder 23. August in Moskau empfangen werden, um einen Nichtangriffspakt und ein geheimes Zusatzabkommen zu unterzeichnen. Stalin war sofort einverstanden, daß Ribbentrop in zwei Tagen ankommen sollte. Die englisch-französische Mission wurde daher abgewiesen, als sie am 22. August die Ermächtigung zur Unterzeichnung eines Militärabkommens mit der UdSSR erhalten hatte. Klementi Woroschilow, der die Verhandlungen mit den Westmächten führte, kündigte an, er gehe auf die Entenjagd. An diesem Abend verlautbarte die Sowjetpresse, daß Deutschland und die UdSSR einen Nichtangriffspakt unterzeichnen würden.

Der deutsch-sowjetische Vertrag vom 23. August 1939 wurde nach Ribbentrops Ankunft in Moskau rasch mit Molotow und Stalin ausgehandelt und in den frühen Morgenstunden des 24. August unterzeichnet. Ein geheimes Zusatzprotokoll sah für den Fall irgendwelcher politisch-territorialer Veränderungen vor, daß Ostpolen, Estland, Lettland, Finnland und

Bessarabien als sowjetische Einflußsphäre betrachtet werden, Litauen und das westliche Polen dagegen in die deutsche Interessenssphäre fallen sollten. Rundheraus gesagt, bedeutete das Abkommen die Vorbereitung der vierten Teilung Polens — eine Neuauflage rund 150 Jahre nach den drei Teilungen des 18. Jahrhunderts.

Nachdem Stalin noch bis zum 14. August darauf bestanden hatte, daß vor Abschluß eines Vertrages mit Großbritannien und Frankreich die polnische Zustimmung eingebracht werden müßte, hatte er in der Nacht des 23. August bei seinen Abmachungen mit Nazi-Deutschland keine derartigen Bedingungen gestellt.

Der deutsch-sowjetische Vertrag besiegelte das Schicksal Polens und machte den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zur Gewißheit. Späterhin versuchte die sowjetische Propaganda Stalins Schritt zu rechtfertigen, indem sie behauptete: 1. daß Großbritannien und Frankreich lediglich darauf aus waren, Deutschland und die Sowjetunion in einen Krieg gegeneinander zu stürzen, in dem sie eine Zuschauerrolle einnehmen wollten; 2. daß der Vertrag zur Sicherung des Friedens dienen sollte; 3. daß die Sowjetunion keine andere Wahl hatte, als ihn zu unterzeichnen; 4. daß Stalin durch diesen Pakt zwei Jahre gewonnen hatte, während derer die Sowjetunion sich auf Hitlers Angriff vorbereiten konnte. Gleichzeitig habe er sich durch die territoriale Vergrößerung ein Glacis verschafft, in dem später Widerstand geleistet werden konnte.

Unterzieht man diese Argumente einer kritischen Prüfung, so wird deutlich, daß keines von ihnen als Rechtfertigung für Stalins Entscheidung dienen kann. 1. Als Großbritannien und Frankreich am 3. September Deutschland den Krieg erklärten, widerlegten sie die sowjetische Behauptung, daß sie Hitler nach Osten gegen die UdSSR drängen wollten. 2. Stalin wußte, daß der Pakt nicht der Sicherung des Friedens dienen sollte, denn er war sich vollkommen klar darüber, weshalb Hitler es so eilig mit dem Abschluß hatte. 3. Die dritte sowjetische Behauptung ist von vielen westlichen Autoren, einschließlich A. J. P. Taylors, akzeptiert worden. „Gleichgültig, wie man den Kristall hält und versucht, vom Standpunkt des 23. August 1939 aus in die Zukunft

zu schauen“, schrieb Taylor, „es ist schwer zu erkennen, welche andere Möglichkeit Sowjetrußland hätte verfolgen können.“<sup>4)</sup>

Tatsächlich ist es sehr einfach, zwei andere Möglichkeiten zu sehen, die dem Frieden dienlicher gewesen wären. Seit dem Frühjahr 1939 hätte Stalin jederzeit ein Abkommen mit Großbritannien und Frankreich haben können, das die Integrität sowohl der UdSSR wie Polens garantiert hätte, wenn er nicht Bedingungen gestellt hätte, denen sich die Polen widersetzen. Ein solches Abkommen hätte Hitler höchstwahrscheinlich 1939 vor einem Angriff auf Polen zurückschrecken lassen. Wenn Stalin keinen Pakt zu den westlichen Bedingungen abzuschließen bereit, aber aufrichtig an der Bewahrung des Friedens und des Status quo interessiert war, hatte er eine andere Wahl: er hätte sich weigern können, sowohl mit der einen wie mit der anderen Seite einen Pakt zu schließen. Möglicherweise hätte Hitler angesichts des starken englisch-französischen Drucks Polen am 1. September 1939 nicht angegriffen. 4. Das Argument, daß die UdSSR durch die Abmachungen mit Berlin Zeit gewann sowie Raum, in dem die erste Wucht des Angriffs aufgefangen werden konnte, setzt voraus, daß Hitler-Deutschland untätig blieb, während Stalins Rußland die Waffen schmiedete, um den Feind zu vernichten. Aber Deutschland blieb nicht untätig. Als Hitler sich 1941 zum Angriff auf Rußland anschickte, hatte sich die deutsche Rüstungsproduktion gegenüber 1939 verdreifacht. Die Produktion der Sowjets hatte sich in keinerlei vergleichbarem Maße erhöht. In den letzten Jahren haben sogar sowjetische Historiker die Stalinsche Behauptung, die UdSSR sei 1941 auf den Krieg wohl vorbereitet gewesen, als Legende enthüllt. Schließlich stellte sich heraus, daß der 1939 eingehandelte Raum von geringem Nutzen war; Hitlers Panzer durchstießen ihn 1941 in wenigen Tagen.

So erweisen sich die sowjetischen Argumente bei kritischer Untersuchung eines nach dem anderen als nicht stichhaltig. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß Stalin 1939 nicht doch von der Richtigkeit des einen oder anderen überzeugt gewesen wäre, wie trügerisch sie auch immer waren. Aber selbst wenn Stalin

4) A. J. P. Taylor, Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, Gütersloh 1962, S. 337.

eingesehen hätte, wie hohl sie alle waren, ist es sehr wahrscheinlich, daß er doch zu einer Vereinbarung mit Hitler gelangt wäre, da für seinen Handel mit Berlin zwei andere Motive denkbar waren. Erstens mochte Stalin mit dem Abkommen das kühl berechnende Ziel verfolgt haben, Hitler gegen die Westmächte zu hetzen, um damit zu erreichen, was in der kommunistischen Theorie als unvermeidlich vorausgesagt wurde: ein Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten, aus dem allein die UdSSR Nutzen ziehen konnte. Von dem kommunistischen Dogma, daß ein gegenseitiger Vernichtungskrieg der Kapitalisten unvermeidlich war, war es 1939 nur ein Schritt bis zu dem Ereignis des 23. August, das den Krieg zur Gewißheit machte. Und wenn ein derartiges ideologisches Motiv bei Stalin nicht den Ausschlag gab, blieb ein anderer Grund, so zu handeln, wie er es am 23. August tat: durch die Abmachung mit Hitler waren Gewinne ohne irgendeinen Preis zu erzielen. Stalin war nicht im unklaren darüber gelassen worden, daß der Westen ihm nicht die Herrschaft über die baltischen Staaten, Ostpolen und Bessarabien zugestehen wollte. Hitler wollte sie zugestehen. Wahrscheinlich waren also entweder langfristige Ziele des Kommunismus oder die Aussicht auf sofortige territoriale Gewinne dafür maßgebend, daß Stalin 1939 dem Angriffskrieg grünes Licht gab.

Um von Stalin den „Blankoscheck“ zu erhalten — der in seinen Folgen nur dem Blankoscheck vergleichbar war, den das Deutsche Reich 1914 Österreich gab —, nahm Hitler, der lautstärkste Antikommunist in Europa, in Kauf, als Erfüllungsgehilfe für die kommunistische Prophetie benutzt zu werden. Für den armseligen Gewinn in Polen öffnete er der sowjetkommunistischen Flut die Tore Ostmitteleuropas.

Hitler hoffte, daß Großbritannien, Frankreich und Polen sich friedlich seinen Forderungen unterwerfen würden, sobald der Pakt mit Stalin abgeschlossen war, und der Friede mit Großbritannien galt ihm nach wie vor als erstrebenswerter Preis. „Nun ist die Wahrscheinlichkeit groß“, sagte er am 22. August vor seinen Generalen, „daß der Westen nicht intervenieren wird.“ Aber friedlich oder nicht, er war entschlossen, seinen Willen zu haben,

und zwar sofort. Am nächsten Tag wurde der Angriffsbeginn auf den 26. August festgesetzt.

Als der französische Außenminister Edouard Daladier von dem deutsch-sowjetischen Vertrag erfuhr, bemerkte er in privatem Kreise, daß dieser die französische Lage nahezu hoffnungslos mache. Die Franzosen sähen sich nun der ganzen deutschen Macht gegenüber, denn Polen könnte nicht länger als zwei Monate aushalten und Großbritannien würde zwei Jahre für seine Rüstung brauchen. Daher appellierte Daladier am 26. August an Hitler, über eine Regelung der strittigen Fragen zu verhandeln; er stand jedoch zu der französischen Garantie für Polen.

Chamberlain erfuhr am 22. August von dem Vertrag zwischen Nazis und Sowjets. Während der folgenden Tage der Krise war die Position, die er einnahm, härter als die Frankreichs. Sofort am 22. August sandte er eine persönliche Botschaft an Hitler, die für einen Staatsmann mit normaler Mentalität hätte unzweideutig genug sein müssen: „Es ist behauptet worden, daß die große Katastrophe vermieden worden wäre, wenn Seiner Majestät Regierung ihren Standpunkt im Jahre 1914 klar dargelegt hätte. Unabhängig davon, ob dieser Behauptung Bedeutung zuzumessen ist oder nicht, ist Seiner Majestät Regierung entschlossen, dafür zu sorgen, daß im vorliegenden Falle kein solch tragisches Mißverständnis entsteht. ... Es ist unmöglich, das Ende einmal begonnener Feindseligkeiten abzusehen. Es wäre ein gefährlicher Irrtum, anzunehmen, ein einmal begonnener Krieg würde in kurzer Zeit zu Ende gehen ...“ Chamberlain wies ausdrücklich darauf hin, daß der deutsch-sowjetische Vertrag die gegenüber Polen eingegangene Verpflichtung Großbritanniens in keiner Weise einschränken würde. Er warnte Hitler, daß „ein Krieg zwischen unseren beiden Völkern das größte Unglück sein würde, das sich ereignen könnte“. Chamberlain machte seine Absichten auch in aller Öffentlichkeit bekannt: Ein formeller englisch-polnischer Beistandspakt wurde am 25. August in London unterzeichnet.

Am 25. August erhielt Hitler noch eine andere Warnung. Am Abend überbrachte der italienische Botschafter eine Botschaft Mussolinis: Italien könne nicht „die Initiative zu militärischen Operationen ergreifen“, wenn es

zum Krieg käme, außer Deutschland würde „unmittelbar Kriegsmaterial und Rohstoffe liefern“, die Italien benötige. Die Liste wurde in Rom sorgfältig zusammengestellt, um Mussolini als Vorwand zu dienen. Sein Schwiegersohn und Außenminister, Graf Ciano, notierte in sein Tagebuch, daß die italienische Bedarfsliste so umfangreich war, „daß sie geeignet gewesen wäre, einen Stier zu erschlagen, falls er hätte lesen können.“

Hitler war äußerst betroffen über diese Reaktion seitens Italiens und Großbritanniens. Er widerrief den der Wehrmacht gegebenen Befehl zum Angriff am 26. August; er brauche, wie er sagte, „Zeit für Verhandlungen“. Schon am 25. August hatte er versucht, Frankreich von Polen zu trennen, indem er dem französischen Botschafter versicherte, daß er keine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen habe. Am Mittag desselben Tages versuchte er, auch Chamberlain zu umgarnen und ihm einen Kaufpreis anzubieten: Wie zuvor offerierte er die englisch-deutsche Freundschaft; er würde die Unversehrtheit des britischen Empire garantieren; als Gegenleistung sollte Großbritannien ihm freie Hand gegen Polen lassen. Die britische Antwort kam am 28. August. Eine friedliche Regelung des deutsch-polnischen Konfliktes sei die unerläßliche Voraussetzung für eine englisch-deutsche Verständigung; Deutschland solle direkte Verhandlungen mit Polen aufnehmen.

In den folgenden Tagen setzte Hitler seine Versuche fort, Großbritannien dazu zu bringen, Polen im Stich zu lassen. Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob er auch für den Fall zum Kriege entschlossen war, daß Polen seine öffentlich verkündeten Forderungen annahm. Die Beweise deuten darauf hin, daß er es war, daß seine Forderungen nur ein propagandistischer Vorwand für den Krieg waren; überdies liefen Hitlers öffentlich erhobene Forderungen jetzt auf die Annektion des Korridors und Danzigs hinaus. Am 24. August teilte Hitler den Briten mit, daß er verhandeln würde, wenn ein polnischer Unterhändler, versehen mit der Vollmacht, ein Abkommen zu schließen, am folgenden Tag einträfe. Großbritannien protestierte, daß die Zeit zu kurz sei. Um Mitternacht des 30. August erbot sich der britische Botschafter, die deutschen Forderungen nach Warschau weiterzuleiten; ihm wurde gesagt, daß weitere Bemühungen in dieser

Hinsicht zwecklos seien, weil der polnische Unterhändler nicht zu dem geforderten Termin eingetroffen war. Ribbentrop las die Bedingungen vor, unter denen Deutschland zu einem Abkommen bereit gewesen wäre, falls, wie er sagte, der polnische Unterhändler eingetroffen wäre; er wies aber ausdrücklich darauf hin, daß sie nicht länger gültig waren. Als am nächsten Tag, dem 31. August, der polnische Botschafter in der ersten Unterredung, die ihm seit dem 27. März gewährt worden war, erklärte, daß Polen zu Verhandlungen bereit war, schnitt ihm Ribbentrop das Wort ab, da er nicht mit der Vollmacht zur sofortigen Unterzeichnung eines Abkommens gekommen war. An diesem selben Tage ratifizierte der Oberste Sowjet den deutsch-sowjetischen Vertrag. Hitler befahl den Angriff für den Morgen des folgenden Tages. Am 1. September 1939 um 4.45 Uhr brachen die Panzerdivisionen der Wehrmacht in Polen ein. Mit einiger Verspätung, am 3. September, erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg, nachdem sie gehofft hatten, Hitler könne dazu überredet werden, seine Truppen aus Polen zurückzuziehen. Vierzehn Tage später griff die Rote Armee ein, indem sie Polen den Gnadenstoß gab. Der Zweite Weltkrieg war im Gange.

Sieben Jahre später prüfte der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg Tonnen von Dokumenten, verhörte zahlreiche Teilnehmer und kam in dem Urteil über die Naziführer zu dem Schluß, daß der Krieg, der am 1. September 1939 von Deutschland gegen Polen begonnen wurde, ganz offensichtlich ein Angriffskrieg gewesen sei.

Das Urteil von Nürnberg sagte nicht die ganze historische Wahrheit, wenn es ausschließlich Deutschland die Schuld gab. Mussolini ließ zwar Hitler im entscheidenden Augenblick im Stich, aber von Mai bis weit in den August 1939 war er in den Augen der Welt der Komplize des Führers bei dem Verbrechen gegen den Frieden. Diejenigen Historiker, die sich nicht auf die Ereignisse des Jahres 1939 beschränken, werden sicherlich der britischen und französischen Appeasement-Politik ein gewisses Ausmaß an Schuld an Hitlers Dreistigkeit in der polnischen Krise beimessen. Die Versäumnisse der Vereinigten Staaten erscheinen ebenfalls in dem breiten Panorama



der historischen Verantwortung; Roosevelt gewährte jenen in Großbritannien und Frankreich, die in den dreißiger Jahren Hitler gegenüber fest bleiben wollten, höchst ungenügende Unterstützung.

Auch wenn man das alles zugesteht, bleibt die Tatsache, daß es in der Krise von 1939 außer Mussolini (der, wie wir gesehen haben, im August kaum von Nutzen war) nur einen Komplizen bei Hitlers Verbrechen gegen den Frieden gab. Hitler hätte den Zweiten Weltkrieg kaum angezettelt — jedenfalls nicht am 1. September 1939 gegen Polen —, wenn Stalin ihn dabei nicht unterstützt hätte. Mit Stalin als Partner fühlte er sich stark genug, loszuschlagen, sogar als er Kenntnis davon erhielt, daß sein Komplize in Rom nicht mitmachen wollte, sogar als er gewarnt wurde, daß Großbritannien und Frankreich kämpfen würden. In der Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges steht Stalin nur Hitler nach.

Aber Hitler trägt unter allen Umständen die Hauptverantwortung. Er selbst schob in seinen

Ansprachen an das deutsche Volk den Polen die Schuld zu. Noch bei der Abfassung seines „Politischen Testaments“ am 29. April 1945, als er am Ende seines Weges in die Zerstörung angelangt war, entschuldigte er sich. 1961 schließlich wurde Hitlers Selbstrechtfertigung durch Hoggar wiederaufgenommen, und Taylor erklärte, daß Hitler nur „rd. eine Reihe von Fehlern in den Krieg geraten war. Sicher war seine Vorstellung, daß Großbritannien nicht eingreifen würde, ein Fehler, und es gab auch noch einige andere. Aber der Blitzkrieg gegen Polen war im voraus festgesetzt, und er war Teil eines größeren Planes.

Man sollte Hitlers letzte Direktive von 1945 lesen, wenn man den Anteil von Fehlern und von vorbedachter Planung an Hitlers Krieg abwägt. Der Führer sandte diese Direktive aus dem Bunker der Reichskanzlei an Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, als die Rote Armee schon ganz nahe war, am 30. April 1945, dem Tage, da er sich erschöß. Sie lautete: „Es muß das Ziel bleiben, für das deutsche Volk Land im Osten zu erringen.“

## Betrachtungen eines französischen Historikers über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges

Vor fast 25 Jahren begann der Zweite Weltkrieg! Dieser beklagenswerte Jahrestag kann einem Historiker, der selbst Zeuge dieses Dramas war, nur Anlaß zu betrüblichen Überlegungen geben.

Während der Erste Weltkrieg wie durch Zufall ausgebrochen war, und zwar nach so vielen Krisen, die seit 1905 jedesmal mehr oder weniger zufriedenstellende Lösungen gefunden hatten, erschien der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs fast unvermeidbar, seit Hitler im März 1939 seinen Vorteil mit unerhörter Rücksichtslosigkeit ausgenutzt und alles an sich gerissen hatte, was von den sechs Monaten zuvor verstümmelten Tschechoslowakei übriggeblieben war.

Zeichnen wir unvoreingenommen die Erinnerungen und Eindrücke eines Franzosen nach, der leidenschaftlich vom Gang der internationalen Politik gepackt war und nie aufgehört hat, sie weiterzuverfolgen.

Wie könnte man die Wiederkehr eines blutigen Krieges verhindern? Das war die Frage, die man sich damals angstvoll stellte! Nach 20 Jahren — nur nach 20 Jahren — sollte man wirklich ein neues unsinniges Massaker an Millionen von Menschenleben auf sich zukommen sehen? Wohin sollte das führen? Elend, Verzweiflung, Haß und Hoffnungslosigkeit würden nur noch ein viel größeres Übel erzeugen können! Man bebte vor Grauen bei dem Gedanken an die Masse vorzeitig dahingeraffter Menschenleben, an die Verluste, die für die Menschheit daraus entstünden, an die Leiden, die die Schlachtfelder hinterließen. Ein kleinmütiger Fatalismus bemächtigte sich der Herzen, die von der unaufhörlichen Bedrohung erschlaft waren. Man fühlte sich ohnmächtig angesichts eines unerbittlichen Schicksals.

Was wollte eigentlich im Jahre 1939 Frankreich? Es wollte Frieden, ganz einfach Frieden! Es besaß nicht mehr die Stellung, die es von 1919 bis zum März 1936 innegehabt hatte, was es übrigens als erstes Land anzuerkennen bereit war. Es wußte, daß es eine Schlacht verloren hatte, der es sich ganz friedfertig ge-

stellt hatte, um die wesentlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu behaupten. Es war nicht mehr die Rede von der gegenseitigen Beistandspflicht, die vom Völkerbund vorgesehen war. Nach außen hin blieb dieser zwar ein Zubehör der Politik. Aber seit Jahren wußte man im Völkerbund nicht mehr genau, was die Franzosen eigentlich wollten und wie sie es wollten.

Nach wechselnden Perioden zu kurzer Hoffnung und langer Furcht besaß Frankreich, das 1918 zwar siegreich gewesen war, dessen Lebenskraft sich aber im Kriege verausgabte hatte, im Jahre 1939 nur noch eine unsichere Würde; sie grenzte an Resignation, die jeder Anstrengung feind war. Ein dick aufgetragener Heroismus hatte nur eine Art skeptischen Mutes überdauern lassen.

Kurzlebige Regierungen hatten den Sieg von 1918 nicht für die Konsolidierung des Landes zu nutzen vermocht. Man hatte hartnäckige Trugbilder genährt und damit die Widerstandskraft geschwächt und den inneren Halt zersetzt. Die Nachgiebigkeit gegenüber den eigenen Parteigängern und privaten Interessengruppen war derart groß geworden, daß man kaum noch von einem französischen Staat sprechen konnte. Jedenfalls existierte kein Staat mehr, der sich der Zukunft, d. h. der beständigen Entwicklung und Pflege aller nationalen Kräfte, gegenüber verantwortlich gezeigt hätte. Als Objekt zunehmenden Verschleißes, der in den dreißiger Jahren immer mehr voranschritt, hatte ein kraftloser, heruntergekommener, von schleichender Blutarut befallener Staat das Frankreich der finanzpolitischen Höhepunkte von 1931 noch tiefer in den Abgrund rutschen lassen, als es die Nationen taten, die viel stärker unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden hatten. Von dieser Krise kaum in Mitleidenschaft gezogen, hatte Frankreich einen beständigen Abstieg zu verzeichnen und war schließlich das einzige Land, das 1938 aus dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg keinen Nutzen zog.

Die militärische Überlegenheit von 1932, gegen die sich noch die Teilnehmer der Ab-

rüstungskonferenz verbündet hatten, war gründlich vorbei.

Man kann sagen, daß bis zu Hitler ein französisches Verteidigungssystem den Frieden Europas bewahrt und gesichert hatte. Die Vorherrschaft Frankreichs, eine Hegemonie des Friedens, hatte den neuen und beträchtlich zahlreicher gewordenen Nationen gestattet, sich zu organisieren. Sie übte ihre Befugnisse im Rahmen des Völkerbunds aus und fand in ihm ihre Grenzen. Frankreichs militärische Verpflichtungen wurden erst wirksam, wenn der Rat des Völkerbundes seine Billigung ausgesprochen hatte. Frankreich riskierte also nicht, durch Machenschaften oder Ungeschicklichkeiten seiner Alliierten automatisch in irgendein Dilemma hineingezogen zu werden. Gleichzeitig mit den französischen Verpflichtungen militärischer Art machte der Beschluß des Rates die Verpflichtungen aus dem Pakt für alle Mitglieder des Völkerbundes rechtskräftig. Selbst wenn diese sich in der Praxis auf wirtschaftliche Maßnahmen beschränkt fanden, erhöhte sich das Risiko, das ein Aggressor auf sich nahm, beträchtlich und schreckte ihn wirksam ab.

Mit Locarno schien dieses System vollkommen zu sein. Der Irrtum lag in der Annahme, es besitze soviel Kraft, daß Konzessionen an die ehemaligen Besiegten, besonders an Deutschland, unnötig seien. Konzessionen, die Vorortverträgen festgelegten allgemeinen Ab- das Mißverhältnis zwischen der in den Pariser Rüstung und der überwältigenden militärischen Überlegenheit Frankreichs und seiner Verbündeten gemildert hätten. Von dieser Unnachgiebigkeit bezog Deutschland die moralische Rückenstärkung, die einzig die Stellung Frankreichs während der langen und erbitterten Debatten der Abrüstungskonferenz seit dem 2. Februar 1932 in Genf schwächte, nachdem die vorbereitende Kommission für Abrüstungsfragen sieben Jahre lang getagt hatte.

Nach dem Jahre 1931, als Frankreich eine Überlegenheit von Fall zu Fall besaß, hatte der Tardieu-Plan, der eine glatte Herausforderung war, keinen ernsthaften Verhandlungsversuch beabsichtigt. Am 11. Dezember 1932 erkannte schließlich Frankreich das Prinzip der „Rechtsgleichheit“ für Rüstungsfragen zwischen allen Mächten an.

Eine andere schicksalsschwere Entscheidung von überragender Bedeutung stammt aus dem Jahre 1932: Im Juli endete die Konferenz von Lausanne mit der Streichung der Reparationen, die mehr als zehn Jahre so schwer das deutsch-französische Verhältnis belastet hatten.

Hitler kam an die Macht, nachdem beide Entscheidungen, das Ende der Reparationen und die Anerkennung des gleichen Rechtes auf dem Gebiete der Rüstung, gerade gefallen waren. Selbstverständlich sollten sie einen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich verhindern. Am 19. Oktober 1933 verließ Hitler dann den Völkerbund. Er glaubte, wie er viel später sagte, das Kühnste aller seiner bisherigen Unternehmen gewagt zu haben. Welch ungeheuerliche Herausforderung er damit in die Welt schleuderte, wußte er selbst besser als die, die sie schließlich schluckten. Indem er der internationalen Gemeinschaft den Rücken kehrte, trat er Recht, Gesetz und alle Verpflichtungen mit Füßen. Den Völkerbund verlassen, hieß tatsächlich, alle Verträge zerreißen und kein anderes Gesetz mehr anerkennen als das der Gewalt.

Hitlers Erfolge reizten seinen Appetit und steigerten seine Begierde, die niemals zu befriedigen war. Er vermochte nicht, sich Schranken zu setzen. Er wollte nicht wahrhaben, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. Weit davon entfernt innezuhalten, um die Früchte seiner Siege zu genießen, ließ er sich hemmungslos fortreißen.

Bismarck zitierte gern und oft die Fabeln von Lafontaine. „Der kranke Mann am Bosphorus“, der von den Großmächten ausgeplündert wurde, erinnerte ihn an „den Mann mit zwei Mätressen“. Alle beide wollen ihm gefallen. Es handelt sich dabei um eine junge und eine ältere Witwe, die ihn umschmeicheln und verwöhnen. Oft frisieren sie ihm das Haupt. Die Alte zuft ihm dann die schwarz gebliebenen Haare aus, damit er besser zu ihr passe; die junge dagegen rupft ihm die grauen aus, damit er jünger aussehe. Beide bringen es schließlich dahin, daß der Arme glatzköpfig wird.

Bei Hitler hätte man den „Wolf“ von Lafontaine zitieren können, der vier schöne Wesen zu seiner Verfügung hatte, womit er für Wochen seinen Hunger stillen konnte: einen Damhirsch, einen Pfau, einen Eber und einen Jäger. Er will aber schließlich auch noch die Bogensaite des Jägers auffressen. Deshalb stürzt er sich auf die Armbrust, die sich plötzlich entspannt und ihm den Pfeil ins Gedärm bohrt. „Das war des Guten zuviel“, sagte der Dichter, „aber was kann schon die Begierde eines Eroberers stillen?“

Nach dem Anschluß Österreichs ließ die Welt zu, daß Hitler die Tschechoslowakei niederhielt und zerstückelte. Er lebte noch im Wahn, seinem Schicksal entgehen und sich jeder not-

wendigen Fessel entziehen zu können. Er weigerte sich, an die Logik der Dinge und Handlungen zu glauben. Der unbeugsame Wille Hitlers, besessen von der Idee einer „dynamischen Auseinandersetzung mit der Geschichte“, hat seiner Politik einen unerbittlichen Antrieb verschafft. Indessen präsentiert sich sein leidenschaftlicher Herrschaftstraum in klug abgemessenen Schritten. Er weiß eine kühl berechnete Vorwärtsbewegung in Gang zu halten. Jede Etappe, isoliert betrachtet, schien den andern nicht wichtig oder aufregend genug, um das Risiko eines Krieges wert zu sein.

Am 7. März 1936 wurde die durch Versailles entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzt; deutsche Truppen marschierten nach Essen und Köln. Das war die letzte Gelegenheit, dem Diktator Einhalt zu gebieten; aber Frankreich stand am Vorabend von Parlamentswahlen. Seine militärischen Führer erklärten, man müsse die allgemeine Mobilmachung verkünden, wenn man gegen Deutschland mobil machen wolle, und das hätte nun wirklichen Krieg bedeutet. Frankreich hatte nicht die Kraft, sich allein dazu durchzuringen, nicht ohne England und Belgien. Alle waren einmütig für den Frieden. Auch die Locarno-Mächte, die Garanten der entmilitarisierten Zone, wie der Rat des Völkerbundes wiesen jeden Gedanken an militärische Maßnahmen zurück. Man beschloß eben, nichts zu tun.

Im übrigen muß man anerkennen, daß Frankreich für die Rechtfertigung einer Intervention sich in einer außerordentlich ungünstigen Lage befand; denn von einer Verletzung seines Staatsgebietes konnte keine Rede sein. Es handelte sich nur um die Verletzung eines Vertrages, an dessen Wert niemand mehr glaubte.

Aber am 7. März 1936 änderten sich alle Verhältnisse. Am 16. März wurde Charles-Roux, der Botschafter am Vatikan, vor Papst Pius XI. in Privataudienz empfangen. Natürlich kam das Gespräch bald auf die internationale Krise. „Wenn Sie sofort 200 000 Mann in die von den Deutschen wiederbesetzte Zone hätten einmarschieren lassen, hätten Sie der Menschheit einen unschätzbaren Dienst erwiesen“, sagte zu mir der Hl. Vater. Ich antwortete ihm, wir hätten es nur aus Friedensliebe nicht getan. „Ja“, — erwiderte er — „das

ist von Ihnen aus gesehen verdientlich. Und außerdem haben Sie ohne Zweifel damit gerechnet, daß Ihnen die Engländer nicht folgen würden, und noch weniger die Italiener. Aber, ich sage es noch einmal, Sie hätten der Menschheit einen unschätzbaren Dienst erwiesen! Das ist für Sie gewiß eine unerwartete Meinung von einem Manne, den Maurras als Germanophilen apostrophiert hat.“ — Der Papst sagte mir ferner, er bezweifle nicht, daß Deutschland unentwegt neue Vorstöße nach allen Seiten hin unternehmen werde, wo es etwas wiederzugewinnen oder dazuzuerwerben hoffen könne. Er erwähnte Danzig, Memel, den Polnischen Korridor, Österreich und die deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei. Allein die Reihenfolge und die Termine dieser Vorstöße seien nicht vorauszusehen. Aber wenn man auch nicht vorhersagen könne, womit Deutschland beginnen und in welcher Reihenfolge es fortfahren werde, so müsse man doch damit rechnen, daß es keines dieser Ziele auslasse. Der Hl. Vater persönlich glaubte allerdings, das Reich werde mit dem Anschluß Österreichs anfangen.“

Wenn auch Frankreich seine Verteidigungskraft behalten oder sogar verstärkt oder — besser — nur an die Verstärkung geglaubt hatte, so verfügte es nach der deutschen Wiederbesetzung des Rheinlandes tatsächlich nicht mehr über die Mittel, die ihm bis dahin seine strategische Position gegenüber dem Ruhrgebiet gesichert hatte, und es besaß nicht mehr die Möglichkeit, die kollektiven Verpflichtungen des Paktes auszulösen.

Künftig besaß Frankreich mit seiner politischen Linie nicht mehr die Kennzeichen einer Großmacht. Es führte keine eigene Außenpolitik mehr und ließ sich willfährig von Großbritannien ins Schlepptau nehmen, auf das es sich für den Fall eines deutschen Angriffs in zunehmendem Maße verlassen mußte.

Unterdessen ging Hitler, weil er seiner Sache sicher war, so rasch wie möglich zu Werke. Im Jahre 1938 erlangte das Reich eine beträchtliche Vergrößerung seines Staatsgebietes. Warum aber zeigte Hitler soviel Hast, wo er doch so schnell soviel erreicht hatte? Nach der fast ans Wunder grenzenden Besetzung des Sudetenlandes gönnte er sich keine Ruhepause, sondern drängte ohne Aufschub zur nächsten Unternehmung.

Sechs Monate nach dem Münchener Abkommen waren die Besetzung Prags und die Annexion der „Tschechei“ für die Signatarmächte ein Schlag ins Gesicht. Wie sollte man sich Hitlers ungeheuerliche Verblendung erklären, die an Wahnsinn grenzte? War alles mit dem Ziel geschehen, sich auch Polen einzuverleiben, das, wie Göring einmal Mussolini anvertraute, nur von zwei Fronten her angegriffen werden könnte?

Der strategische Vorteil, der aus der Annexion der Tschechei für das Reich entstanden war, wurde weitgehend schon durch den erschreckenden Eindruck zunichte gemacht, den eine solche Tat in der Welt hervorrief. Hitler hatte diese Reaktion der Weltöffentlichkeit nicht erwartet und schien wirklich überrascht zu sein. Hatte er sich von der Enttäuschung hinreißen lassen, daß Chamberlain ihn nun beim Wort nahm und er keinen netten Blumenkrieg mehr gegen die Tschechoslowakei führen können? War er der Gefangene seiner typisch österreichisch-pangermanischen Leidenschaften, in denen ein unversöhnlicher Nationalitätenkampf gegen die Tschechen eine wichtige Rolle spielte; gegen die Tschechen, die man haßte, verachtete und überdies als Objekte der deutschen Regierungsgewalt betrachtete? Konnte er wirklich nicht begreifen, daß die Unterwerfung der Tschechen eine ganz andere Sache war als die Politik des „Heimins-Reich“?

Indem Hitler die Tschechoslowakei vollständig zerstörte, gedachte er seine Macht zu vermehren. Er hatte nicht der Versuchung widerstehen können, die Uneinigkeit Europas bis zum letzten für sich auszunutzen. Nachdem er hoch und heilig erklärt hatte, die Epoche seiner Überraschungen sei vorüber, hatte seine Gewaltpolitik nun jegliches Vertrauen zerstört. Im Dezember 1933 hatte die „Times“ versichert, dieser Staatsmann sei bekannt dafür, daß er stets sein Wort gehalten habe. Die Welt hatte sich inzwischen daran gewöhnt, daß er die Verträge, die von seinen Vorgängern im Regierungsamt unterzeichnet waren, als ungültig betrachtete. Man gab aber seinen Versprechungen um so mehr Gewicht, als er sie in seinem eigenen Namen machte. Nun stellte sich heraus, daß Versprechungen für ihn nur von taktischem Wert für den Augenblick waren und daß in seinen Augen Verträge über-

haupt nicht zählten. Die Enttäuschung darüber war katastrophal. Ohne utopischen Vorstellungen anzuhängen, wie gewisse seiner politischen Gegner, die zu gleicher Zeit die allgemeine Wehrpflicht ablehnten und eine kraftvolle Politik gegenüber den Diktaturen forderten, bewahrte Chamberlain zur gleichen Zeit die Illusion, daß ihm gegebene Versprechen gehalten würden und daß ein Vertrag ein Vertrag sei: „Man konnte Hitler vertrauen, wenn er einmal sein Wort gegeben hatte!“

Nach der Besetzung Prags allerdings machte sich Chamberlain zum Dolmetsch der nun verschiedenen und unnachgiebigen Meinung, die künftig in Großbritannien herrschte; er übernahm, ohne noch länger zu zögern, die Leitung aller diplomatischen Anstrengungen, die den Weg zu weiteren skrupellosen Eroberungen Hitlers sperren sollten. „Der Überfall auf Prag hat alles geändert“, erklärte Lord Halifax dem Botschafter des Reiches. „Wo wird Deutschland haltmachen, und wird es jemals haltmachen?“ — Nur durch eindeutige Festigkeit konnten die Weltmächte einige Hoffnung haben, Hitler in Schranken zu halten.

Die Chancen der Verhandlungen, die Polen zu Konzessionen veranlassen oder es wenigstens von den Westmächten isolieren sollten, waren plötzlich durch die Prager Affäre zunichte geworden. Nun hatte Polen sowohl Frankreich als auch Großbritannien mit der brutalen Durchsetzung seiner Ansprüche auf Teschen verärgert, die es in München gegenüber der Tschechoslowakei angemeldet hatte. Wenn der Handstreich auf Prag nicht sogar während der Verhandlungen mit Warschau ausgeführt worden wäre, hätte es selbst bei den Westmächten nicht an Leuten gefehlt, die die Rückkehr Danzigs zum Reich nicht nur zugelassen, sondern als recht und billig erklärt hätten. Danzig war nämlich eine deutsche Stadt, die eine sehr umstrittene Klausel des Versailler Vertrags zu einer „Freien Stadt“ erklärt hatte, weil sie als deutsche Stadt nicht polnisch werden durfte. Mit seinen 300 000 Einwohnern schien dieser Freistaat, der nicht Polen angegliedert wurde, gering gegenüber den 3,5 Millionen Sudetendeutschen zu zählen, die man vom tschechoslowakischen Staat abgetrennt hatte. Bei Danzig handelte es sich nicht um Gebiete,

die wie Österreich und das Sudetenland vorher nicht Teile Vorkriegsdeutschlands waren. Hier ging es um unbestreitbar deutsches Gebiet, um jahrhundertalten preußischen Besitz, von dem man sagen konnte, nicht Hitler fordere es in seinem Ehrgeiz, sondern seine Bevölkerung selbst wolle wieder deutsch werden und folgte deshalb willig den Nationalsozialisten, denen Polen mit Bedacht alle Bewegungsfreiheit im Danziger Mikrokosmos gelassen hatte.

Die Fragen Danzigs und der exterritorialen Verkehrsverbindungen durch den Korridor waren erst drei Wochen nach der Konferenz von München aufgeworfen worden, und zwar in der freundschaftlichen Weise, wie es sich zwischen zwei Mächten gehört, die seit Januar 1934 durch einen Freundschaftspakt verbunden waren, dessen Dauer mit einer Garantie der deutsch-polnischen Grenzen auf 25 Jahre hätte erweitert werden können, wie Ribbentrop erklärte. Man sparte nicht mit Anstrengungen, um die Polen für sich zu gewinnen. Hitler, der den 33 Millionen Polen das Recht auf einen Zugang zum Meer zuerkannt hatte, verzichtete feierlich auf den „Korridor“ und begnügte sich mit einer exterritorialen Autobahn und einem Schienenweg in einer Breite von 30 Metern durch wenigstens 50 Kilometer polnisches Gebiet. Wirtschaftlich sollte Danzig bei Polen bleiben. Wenn die Polen nur vernünftig wären! Man sprach ihnen von der Ukraine, man blickte mit ihnen auf ferne Lösungen, wobei sie am Traum einer Expansion nach Osten teilhaben sollten! Aber die Ukraine war weder heute noch morgen für sie bestimmt.

Obwohl die polnische Antwort auf die Vorschläge vom Oktober 1938 völlig negativ ausfiel, wurden die Besprechungen weitergeführt. Man blieb ruhig; man überstürzte nichts.

Im September 1938 war der Bogen bis zum Bersten gespannt: diesmal sollte er zerbrechen! Nach dem großen Handstreich auf Prag war kein Zweifel mehr, daß Polen standhaft blieb. „Wenn wir heute in einem einzigen Punkte nachgäben, würden automatisch andere Forderungen folgen,“ erklärte Szembek, der derzeitige Staatssekretär des Äußeren. Am 24. März versicherte ihm sein Mini-

ster, Oberst Beck: „Es gibt ein polnisches Bisherher-und-nicht-weiter. Es ist sehr einfach: Wir werden uns schlagen. Polen ist keiner der östlichen Staaten, die gestatten, daß man ihnen Gesetze diktiert.“ — Deutschland hatte jedes Maß verloren: „Wenn es einer entschiedenen Haltung begegnet — was ihm noch niemals passiert ist —, wird es vielleicht das Maß wiederfinden.“

Hitler bildete sich ein, Warschau werde schließlich nachgeben, wenn es Angst bekomme. „Die Polen sind keine Tschechen“, erklärte Szembek dem deutschen Botschafter. „Es ist ein Irrtum, zu glauben, sie gingen nicht weiter als die Tschechen. Die Polen sind keine vernünftigen Utilitaristen wie die Tschechen, die als überlegende, listige, aber niemals kühne Handwerker handeln. Die Polen besitzen ein Gran an Verrücktheit. Sie lieben den Ruhm, sie fürchten nicht die blutige Schlacht, sie halten nicht immer Maß. Um der Ehre willen entflammen sie leicht wie Schießpulver. Um Danzig Krieg zu führen, sind sie durchaus bereit. Sie werden der motorisierten Wucht der deutschen Armee die Gewandtheit und Tapferkeit ihrer Kavallerie entgegen werfen. Marschall Smygly-Rydz erklärte am 4. April, Deutschland sei nicht genügend für einen großen Krieg gerüstet. Oberst Beck stellte noch am 21. August die günstige militärische Situation Polens heraus. Man zweifelte in Warschau nicht daran, daß dem deutschen Angriff der allgemeine Krieg folgen werde.

Hitler glaubte, nach Osten marschieren zu können, ohne Großbritannien und Frankreich fürchten zu müssen. Im August 1939 äußerte er dem Grafen Ciano gegenüber seine Überzeugung, daß die westlichen Demokratien auf keinen Fall in einen allgemeinen Krieg eintreten würden. Besonders nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Pakts glaubte er, daß sie es nicht wagten, zu intervenieren. Wenn sie sich trotzdem in den Krieg stürzten, wäre ihnen die Niederlage sicher.

Ohne die Sowjetunion und die USA, deren Gewicht fünf Jahre nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Jahre 1945 so entscheidend den Krieg hat beenden helfen, waren die Streitkräfte der westlichen Demokratien tatsächlich nicht so furchterregend. Ihre Kriegsmarine war

1939 — wie Lord Strong bemerkt hat — kaum stärker als die Japans, Italiens und Deutschlands zusammengenommen, und ihr strategischer Nachteil gegenüber Japan war eklatant. Die Luftwaffe Deutschlands und Italiens war fast doppelt so stark wie die französische und englische.

Auf jeden Fall sollte Polen in einigen Wochen „liquidiert“ werden, selbst wenn der Krieg nicht nur mit Polen, sondern auch mit den Westmächten begönne: wie könnten auch schon Frankreich und England Polen wirklich

zu Hilfe kommen? Und dann, wenn das Schicksal Polens bereits besiegelt war, könnte es sich keineswegs auf einer Friedenskonferenz präsentieren.

In den letzten Friedenstagen konnte man bei Hitler immerhin ein gewisses Zaudern entdecken, ja selbst einige Verwirrung. Das seltsame Hin und Her seiner Politik Ende August 1939 ist wohl wesentlich durch seine Hoffnung zu erklären, Großbritannien könne durch diplomatische Mittel dazu gebracht werden, doch noch in dem Konflikt neutral zu bleiben.

## Das „weltpolitische Dreieck Berlin - Rom - Tokio“ und die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

Deutschland war nicht das einzige und auch nicht das erste Land, das erobernd aus dem Status quo ausbrach, wie er durch die Verträge nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen worden war, und das sich vom System der kollektiven Sicherheit abwandte, wie es der Völkerbund zu bewerkstelligen versucht hatte. Die neue imperialistische Welle wurde vielmehr durch die Großmacht des Fernen Ostens eröffnet, durch Japan. 1931 ging es zum unprovokierten Angriff auf China über, entriß ihm die Mandchurei und machte daraus den Satellitenstaat Mandschukuo. Die Folge war ein schwerer Konflikt mit dem Völkerbund; denn aus ihrem Wesen heraus konnte diese erste Weltfriedensorganisation keine Besitzerweiterung auf Grund von Gewaltanwendung anerkennen. Entscheidend für die weitere Entwicklung der internationalen Beziehungen wurde nun aber, daß der Völkerbund sich nur zu einer moralischen und juristischen Verurteilung des Angreifers aufzuraffen vermochte, nicht aber zu irgendeiner wirksamen machtpolitischen, wirtschaftlichen oder gar militärischen Aktion. Unbeeindruckt von solchen völkerrechtlichen und moralischen Verdikten schritt Japan auf dem Wege weiter, den es einmal eingeschlagen hatte. Es zog auch insofern die Konsequenzen aus dem Streit mit dem Völkerbund, als es im Frühjahr 1933 als erste Großmacht aus dieser Organisation austrat. 1937 entlud sich dann der japanisch-chinesische Gegensatz in einem offenen Krieg, als das darniederliegende Reich der Mitte in Tschiangkaischek einen nationalen Einiger und Vorkämpfer fand. Als Hitler den Krieg in Europa entfesselte, war der ostasiatische Krieg schon über zwei Jahre im Gange. 1941 sollte er dann, nach dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor, mit dem allgemeinen Kriegsgeschehen zusammenwachsen, das wir Zweiten Weltkrieg nennen.

Aber auch das faschistische Italien, das unter der Führung Mussolinis von einer Erneuerung

---

Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung des S. Fischer Verlages, Frankfurt, aus der in Kürze erscheinenden Neubearbeitung des Buches „Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges“.

der einstigen Größe Roms zu träumen begann, wandte sich gegen die „alte Ordnung“, als es 1935 Abessinien mit Heeresmacht überfiel. Um die Mitte der dreißiger Jahre wird es deutlich, daß die Weltpolitik einer neuen großen Krise zusteuert. Im selben Jahr, 1935, werden von den Regierungen der drei Staaten, die sich gegen die bestehende Ordnung wenden, folgenschwere Entschlüsse gefaßt, die unheilvoll auf eine wenig friedliche Zukunft hinweisen: Deutschland führt die allgemeine Wehrpflicht ein und befreit sich damit einseitig von einer der grundlegenden Bestimmungen des Versailler Vertrages; Japan kündigt die Flottenabkommen von Washington, womit die Zeit der Rüstungsbeschränkung im Pazifik zu Ende ist, und Italien überfällt das afrikanische Imperium des Haile Selassie. Diese Entschlüsse bedeuten, daß die drei Mächte Japan, Italien und Deutschland endgültig aus der Ordnung ausgebrochen sind, wie sie durch Friedensverträge, Völkerbundsatzung und Rüstungsabkommen nach dem Ersten Weltkrieg mühsam aufgerichtet worden ist. Es ist nur folgerichtig, wenn diese drei Mächte von da an darauf hintendieren, sich enger zusammenzuschließen und ihre neoimperialistische Außenpolitik zu koordinieren. Die entsprechenden Resultate sind zwar zunächst eher mager. Der 1936 zwischen Deutschland und Japan und 1937 zwischen diesen beiden Mächten und Italien abgeschlossene sogenannte Antikominternpakt ist eher ein ideologisches und propagandistisches Instrument und kein Vertrag über eine wirkliche Koordinierung der außenpolitischen Bestrebungen, geschweige denn eine Allianz. Aber er bildet doch den Auftakt für das militärische Bündnis, das im Frühjahr 1939 zunächst nur zwischen Deutschland und Italien zustandekommt, die sich seit 1937 in der „Achse Rom—Berlin“ zusammengefunden hatten, während das von Hitler und Ribbentrop anvisierte „weltpolitische Dreieck Berlin—Rom—Tokio“ sich erst im Herbst 1940 verwirklichen läßt, als Folge der durch die spektakulären Siege der deutschen Wehrmacht in Europa völlig umgestürzten weltpolitischen Machtverhältnisse.



In diesem sogenannten Dreimächtepakt von 1940 kommt zum Ausdruck, wie die Bündnispartner Deutschlands in ganz ähnlichem Sinne versucht haben, ihre Expansions- und Eroberungspolitik auf eine entsprechende „Großraumkonzeption“ zu gründen. Noch bevor man in Deutschland von einem in Europa zu errichtenden Großraum unter deutscher Führung offiziell zu sprechen und zu schreiben begann, verkündeten die Japaner das außenpolitische Programm einer von Japan zu organisierenden und zu führenden „ostasiatischen Wohlstandssphäre“. Und ganz ähnlich wie anschließend in Deutschland versuchten sie den Einfluß fremder Mächte schon von vornherein auszuschalten, indem sie ein Interventionsverbot proklamierten, das sich unter ausdrücklicher Nennung der Monroe-Doktrin ebenfalls in erster Linie gegen die USA richtete. Dieser Führungsanspruch Japans zur „Schaffung einer neuen Ordnung im großasiatischen Raum“ wurde dann von den beiden europäischen Achsenmächten im Dreimächtepakt ausdrücklich anerkannt.

Die neoimperialistische Konzeption des italienischen Faschismus nährte sich, wie schon angedeutet, von der historischen Reminiszenz des antiken Römerreiches. Damit war grundsätzlich proklamiert, daß das neue italienische Imperium faschistischer Prägung ein Mittelmeerreich sein würde. Mussolini wollte aus dem Mittelmeer ein „mare nostrum“ machen, ein italienisches Meer, wobei er sich indessen völlig klar darüber war, daß es vorläufig noch ein britisches und auch französisches Meer war. Die britische Flotte war machtpolitisch die beherrschende Tatsache, und die Engländer saßen nach wie vor an den Zu- und Ausgängen dieses Binnenmeeres. Angesichts solcher Machtverhältnisse zog es Mussolini vor, weichere Stellen im machtpolitischen Gefüge der Welt abzutasten, und so wurde er auf den Weg nach Abessinien geführt. Dies bedeutete aber eine Rückkehr zu den kolonialen Zielen des italienischen Imperialismus vor 1914. Seit 1936 widmete sich Mussolini indessen auch dem Ausbau der Mittelmeerpositionen, indem er den spanischen Bürgerkrieg zu einer massiven italienischen Intervention benutzte. Daß seine Früchte auch hier, angesichts des von Franco verkörperten spanischen Nationalismus, nicht reifen würden, hat er wohl nicht vorausgesehen, und es muß für ihn auch eine arge Enttäuschung gewesen sein. Aber diese Entwicklung führt schon in den Zweiten Weltkrieg hinein, ebenso die seit 1938 erhobenen Forde-

rungen auf nordafrikanisches Gebiet, das sich in französischem Besitz befand, sowie auf Korsika und Nizza. Nach der überraschenden Niederlage Frankreichs im Jahre 1940 sah Mussolini seine Stunde gekommen, und er mochte glauben, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis er die französischen und schließlich auch die britischen Positionen im Mittelmeer und um das Mittelmeer erben könnte. Dieser italienische Erbspruch wurde denn auch entsprechend im Dreimächtepakt anerkannt.

Welche Rolle spielten nun diese italienischen und japanischen machtpolitischen Aspirationen und militärischen Aktionen am Zustandekommen des Zweiten Weltkrieges? Ist es wirklich so, daß nach 1935 eben allmählich eine Weltkriegssituation entstanden ist, die praktisch ganz von selbst in einem entsprechenden kriegerischen Geschehen sich entladen mußte? Ist es infolgedessen relativ unwichtig, wann und wo dieser Weltkrieg „ausbrach“, da er ohnehin zum Ausbruch gekommen wäre? Ist die Weltpolitik tatsächlich zu einer „allgemeinen Kriegsreife“ gediehen, die einen Weltkrieg geradezu unvermeidlich machte? Und schließlich die für unsere Problemstellung entscheidende Frage: Wird dadurch das nationalsozialistische Deutschland nicht wesentlich von der Verantwortung entlastet, den Krieg von 1939 „entfesselt“ zu haben? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt offensichtlich viel ab für die Verteilung von Schuld und Verantwortung der einzelnen Mächte und Regierungen am Zweiten Weltkrieg.

Zunächst ist durch die chronologische Darstellung der Dinge wohl deutlich geworden, daß es unzweifelhaft Japan gewesen ist, das nach dem Ersten Weltkrieg und den ihm folgenden Friedensschlüssen als erste Großmacht konsequent den Weg der Gewaltanwendung in seiner Außenpolitik beschritten hat. Es hat sozusagen „den Bann gebrochen“ und vor allem bewiesen, daß man die Konsequenzen ruhig auf sich nehmen konnte, wenn man nur eisern den einmal eingeschlagenen Weg weiterverfolgte. Es hat weiter den Beweis erbracht, daß man ohne allzu großes Risiko die ganze Welt, samt allen Großmächten, herausfordern konnte und daß sich Gewaltanwendung durchaus bezahlt machte. Das Versagen des Völkerbundes als Weltorganisation der kollektiven Sicherheit und zur Aufrechterhaltung des territorialen Status quo bei dieser ersten wirklichen Zerreißprobe darf in seinen verhängnisvollen

Konsequenzen keineswegs gering eingeschätzt oder gar übersehen werden. Zweifellos haben andere Mächte bzw. Diktatoren Mut gefaßt für die Verwirklichung eigener imperialistischer Ziele, als sie die Ohnmacht des Völkerbundes gegenüber dieser Herausforderung sehen mußten. Man weiß, daß etwa Hitler seine wenig schmeichelhafte Meinung von den Japanern sofort zu ändern begann, und zwar grundlegend, als er sah, wie die Großmacht des Fernen Ostens mit dem Völkerbund und mit der ganzen Staatenwelt und der sogenannten öffentlichen Weltmeinung umsprang. So etwas imponierte ihm unwiderstehlich. In seinem politischen Kalkül, das von moralischen Hemmungen und völkerrechtlichen Bedenken völlig frei war, ist der Völkerbund von da an als Potenz erledigt gewesen. Es ist also nicht zu bestreiten, daß Japan, als es mit dieser neoimperialistischen Politik voranging, sozusagen ein schlechtes Beispiel abgegeben hat.

Ähnliches kann, mutatis mutandis, vom italienischen Überfall auf Abessinien und dessen erfolgreicher Eroberung gesagt werden. Zudem hat die italienische Aggressionspolitik, viel stärker als dies für das japanische Vorgehen gilt, dazu geführt, daß Hitler die machtpolitische und strategische Position seines Landes stark verbessern konnte, und zwar durchaus im Sinne einer entsprechenden Vorbereitung seiner eigenen Expansionspolitik. Die italienische Politik hat also den machtpolitischen Aufstieg Deutschlands in unmittelbarer Weise gefördert. Noch im Frühjahr 1935, nach der überraschenden Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, sah sich Deutschland isoliert den vereinigten Siegermächten des Weltkrieges gegenüber, die sich in der sogenannten Front von Stresa gefunden hatten, indem sie den einseitigen Vertragsbruch Deutschlands in scharfen Worten verurteilten. Aber bereits ein knappes Jahr später hatte sich die machtpolitische und internationale Position Deutschlands stark verbessert, als Folge der italienischen Aggressionspolitik und der Gegenmaßnahmen des Völkerbundes bzw. der Westmächte. Das Vorgehen des von England und Frankreich dirigierten Völkerbundes war nämlich im Falle der italienischen Aggression in Ostafrika insofern schärfer als im Falle der japanischen Aggression im Fernen Osten, als immerhin Sanktionen, wenn auch recht lahme und im Endeffekt unwirksame, gegen Italien zustande kamen: zu wenig, um Mussolini an der Eroberung Abessinien zu hindern, aber doch

zu viel, um einen Bruch Italiens mit den Westmächten zu vermeiden. Hitler nützte die Spannung zwischen diesen Staaten, die ja Deutschlands Partner im Locarno-Vertrag waren, geschickt aus, um das Rheinland zu militarisieren und damit diesen Vertrag, den man den wirklichen Friedensvertrag des Ersten Weltkrieges genannt hat, zu brechen. Die Remilitarisierung des Rheinlandes kam einer grundlegenden Verbesserung der strategischen Lage Deutschlands und recht eigentlich einer Revolutionierung der militärpolitischen Verhältnisse Europas gleich, wie sie vorher bestanden hatten. Damit ist zugleich gesagt, daß sich die militärische Position Frankreichs entsprechend verschlechterte, indem ein wesentlicher Pfeiler des nach dem Ersten Weltkrieg aufgebauten französischen Sicherheitssystem damit eingestürzt war — und dies, ohne daß ernsthafte Gegenmaßnahmen der andern Locarnomächte, insbesondere natürlich Frankreichs und auch Englands, erfolgt wären. Doch von der Politik der Westmächte soll jetzt noch nicht die Rede sein. Verfolgen wir vielmehr die Linie der aufgeworfenen Fragen weiter.

Es kann nicht bestritten werden, daß die italienische Aggressionspolitik zu einem regelrechten «renversement des alliances» geführt hat: die Siegerkoalition aus dem Ersten Weltkrieg zerfiel endgültig und die Achse Rom—Berlin begann zu entstehen. Sie hängt also eng mit dem Krieg in Abessinien und dem daraus entstehenden Konflikt Italiens mit dem Völkerbund zusammen. Auch Italien trat übrigens, im Jahr 1937, aus dieser Organisation aus, ebenso folgerichtig wie Japan, wenn auch sichtlich mit mehr Hemmungen. Es hatte sich gegen dieselbe Ordnung vergangen.

Die deutsch-italienische Kooperation verstärkte sich dann rasch durch die gemeinsame Intervention im spanischen Bürgerkrieg zugunsten der Aufständischen. Der spanische Bürgerkrieg bewirkte indessen nicht nur eine Intensivierung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit; er führte auch dazu, daß Italien mehr und mehr seine Handlungsfreiheit gegenüber Deutschland verlor. Dies sollte sich zeigen, als Hitler sich 1938 an die Lösung des „österreichischen Problems“ machte, so wie er es sah. Hatte Mussolini 1934, beim ersten mißglückten Versuch einer nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich, noch eindeutig und scharf gegen Deutschland Stellung bezogen, so mußte er vier Jahre später dem Anschluß tatenlos zusehen. Der Gegen-

satz zu den Westmächten erlaubte es ihm nicht, selbst wenn er gewollt hätte, gegen Deutschland aufzutreten. So erweist sich der glatte Anschluß Österreichs auch noch als eine Fernwirkung der italienischen Aggressionspolitik. Die Westmächte andererseits waren ebenfalls weitgehend paralysiert, aus analogem Grunde wie Italien. Für England kam noch hinzu, daß es ein wachsendes Auge auf die Vorgänge in Ostasien haben mußte. Auch die japanische Aggression im Fernen Osten, seit Juli 1937 regelrechter Krieg mit China, wirkt sich also zugunsten der machtpolitischen Aspirationen Deutschlands aus. Man sieht, wie Hitler im Schatten der Weltpolitik operieren konnte, bis er sich dann stark genug fühlte, selbst Weltpolitik zu machen.

Dieser gezwungenermaßen recht summarische Überblick hat doch wohl deutlich werden lassen, wie sehr die japanische und die italienische Aggressionspolitik den machtpolitischen Aufstieg des nationalsozialistischen Deutschlands und damit die Ziele seiner Außenpolitik, direkt oder indirekt, gefördert haben. Es kann auch nicht bestritten werden, daß es zuerst Japan und dann Italien gewesen sind, die den Weg der kriegerischen Aggression beschritten haben. Trotzdem wäre es völlig verfehlt, wenn man behaupten wollte, die japanische und die italienische Aggressionspolitik hätten bereits eine potentielle Weltkriegssituation in dem Sinne geschaffen, daß es nur noch des zündenden Funkens bedurfte, um ihn zu entfesseln. Vielmehr ist es offensichtlich so gewesen, daß weder der japanische noch gar der italienische Neoimperialismus jemals zu einem solchen Weltkrieg geführt hätte, wie er durch Hitlers Politik in Europa 1939 ausgelöst wurde. Die Geschichtswissenschaft ist schon richtig beraten, wenn sie das Kriegsgeschehen, das wir „Zweiten Weltkrieg“ nennen, 1939 in Europa beginnen läßt, und wenn sie die Hauptursache für diesen Krieg in der nationalsozialistischen Außenpolitik sieht. Um die historische Berechtigung dieser Konzeption zu begründen, seien noch folgende Aspekte zum mindesten kurz angedeutet.

Zunächst ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Beurteilung unseres Problems, wenn man feststellt, wo die verschie-

denen Aggressionsakte stattgefunden haben, in welcher Weltgegend die verschiedenen Großraumkonzeptionen verwirklicht werden sollten. Dabei stellt sich heraus, daß die japanische Aggression sich gegen das zerrissene, als einheitlicher Staat kaum mehr bestehende chinesische Riesenreich richtete, die italienische gegen den fast einzigen souveränen Staat im sonst noch kolonialen Afrika, während die deutsche Aggressionspolitik sich mitten in Europa entfaltete. Was heißt das? Während das japanische und das italienische Vorgehen allenfalls koloniale und handelspolitische Interessen anderer Großmächte berührten, war das deutsche Vorgehen in Europa sofort geeignet, vitale Interessen anderer Mächte in Mitleidenschaft zu ziehen, d. h. ihre eigene Sicherheit zu gefährden. Wegen imperialistischer Interessengegensätze konnten die Großmächte zwar heftig aufeinanderstoßen, wie die Geschichte der Weltpolitik vor 1914 gezeigt hat, ein Weltkrieg ist daraus nicht entstanden. Dieser hat sich vielmehr an den Spannungen innerhalb des europäischen Staatensystems entzündet. Die großen imperialistischen Gegner des 19. Jahrhunderts, England, Frankreich und Rußland, waren die Verbündeten des Ersten Weltkrieges. Man hat keine Veranlassung, die Lage vor dem Zweiten Weltkrieg prinzipiell anders zu beurteilen. Im Gegenteil: die Neigung der Kolonien besitzenden Mächte, es wegen kolonialer Fragen oder Handelsinteressen auf einen großen Krieg ankommen zu lassen, war nach dem Ersten Weltkrieg noch viel geringer als vor diesem Krieg! Entsprechend sind die japanische und die italienische Aggressionspolitik hinsichtlich ihres weltfriedengefährdenden Charakters zu beurteilen: es ist unwahrscheinlich, daß wegen ostasiatischen oder gar afrikanischen Fragen ein Zweiter Weltkrieg ausgebrochen wäre. Es hätte allenfalls ein pazifischer Krieg oder ein Mittelmeerkonflikt daraus entstehen können, mit welchem letzterem ja gerade Hitler jahrelang so sehr gerechnet hat und den er für seine eigenen Zwecke auszunutzen gedachte. Aber dieser Mittelmeerkonflikt kam nicht. Und das führt uns zu einem zweiten Punkt.

Trotz ihrer offensichtlichen Entschlossenheit, ein neues imperialistisches Programm zu verwirklichen, sind sowohl Japan wie Italien

davor zurückgeschreckt, es deswegen auf einen Kampf mit einer andern Großmacht ankommen zu lassen, geschweige denn mit mehreren Größmächten. Sie hüteten sich, das Risiko eines großen Krieges einzugehen. Im Falle der japanischen Aggression gegen China wurde immer mehr die Sowjetunion zum Hauptgegner dieses neuen Imperialismus. Diese Gegnerschaft der beiden Mächte steigerte sich in den Jahren 1938 und 1939 zur eigentlichen Kriegsgefahr, ja zum unerklärten Grenzkrieg im Fernen Osten. Aber vor dem Letzten sind die Japaner eben doch immer wieder zurückgeschreckt. Sie wagten nicht einmal den Krieg mit *einer* Großmacht. Noch peinlicher versuchten sie die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mit den angelsächsischen Mächten zu vermeiden, wenn auch ihre imperialistischen Ziele nicht ohne Berührung und Verletzung englischer und amerikanischer Interessen erreicht werden konnten. Als sich die Möglichkeit eines Militärbündnisses mit Deutschland und auch Italien abzeichnete, weigerten sich die Japaner standhaft, ihm einen umfassenden Charakter zu geben. Sie wollten es nur gegen die Sowjetunion gerichtet wissen und verlangten ausdrücklich, daß den anderen Größmächten, also England, Frankreich und auch den USA, entsprechende Mitteilung gemacht werde. Anders als Hitler wollten die Japaner keinen Pakt abschließen, der das Risiko eines allgemeinen Weltkrieges heraufbeschwor, ja ihn geradezu anvisierte. An dieser grundlegenden Divergenz der Ziele ist das Bemühen um den Abschluß einer Dreier-Allianz denn auch gescheitert. Als die Japaner 1940 dann auf die deutsche Linie einschwenkten, hatten sich, wie bereits angedeutet, die machtpolitischen Verhältnisse in der Welt als Folge der deutschen Siege grundlegend gewandelt — so urteilte man wenigstens in Tokio. Entscheidend ist für unsere Problemstellung, daß Japan bis zur Entfesselung des Krieges durch Hitler nicht nur keine Neigung gezeigt hat, das Risiko eines großen Krieges einzugehen, sondern ausgesprochen davor zurückgeschreckt ist.

In womöglich noch höherem Grade gilt dies für Italien. Mussolini hat zwar schließlich im sogenannten Stahlpakt ein unbedingtes Militärbündnis mit Deutschland abgeschlossen. Wie wenig er indessen letztlich bereit war, die

Konsequenzen aus dieser Bindung an Deutschland zu ziehen, sollte die Haltung Italiens in den Wochen, Tagen und Stunden unmittelbar vor Kriegsbeginn zeigen. Italien war nicht bereit, um seiner imperialistischen Ziele willen einen großen Krieg durchzufechten. Mussolini vertröstete zwar seinen Achsenpartner damals auf einen späteren Zeitpunkt, zu dem Italien dann kriegsbereit sein würde. Für unsere Fragestellung ist indessen allein entscheidend, daß auch Italien vor dem Risiko eines großen Krieges zurückschreckte, bis es dieses dann nach den großen deutschen Waffenerfolgen eingehen zu können glaubte.

Vor dem Risiko des großen Krieges ist nur die Führung des nationalsozialistischen Deutschlands nicht zurückgeschreckt. Hitler war 1938 bereit, die Tschechoslowakei zu attackieren, obschon sie mit mehreren Größmächten verbündet war, und das gleiche Spiel wiederholte er 1939 gegen Polen. Es ist lächerlich, Hitler zugute halten zu wollen, er habe wirklich geglaubt, die Westmächte würden in diesen Krieg nicht eingreifen. Abgesehen davon, daß sich ein solches Vabanquespiel mit wirklicher staatsmännischer Verantwortung nicht vertrat, hatte der Diktator selbst oft genug dargelegt, daß gerade auch das Risiko des großen Krieges eingegangen werden müsse, da die Auseinandersetzung mit den westlichen Demokratien ohnehin unvermeidlich sei. Daß Hitler hier vom Standpunkt seines Eroberungsprogramms durchaus konsequent dachte, haben wir bereits betont; es war in der Tat nicht zu verwirklichen ohne kriegerischen Zusammenstoß mit den andern europäischen Größmächten. Europa war aber damals immer noch — wenn auch nicht mehr lange — das Aktionszentrum der Weltpolitik. Nur ein europäischer Krieg konnte zum Weltkrieg werden. Nur in Europa konnte ein Krieg entfesselt werden, der dank seinen weltpolitischen Ausstrahlungen zum Weltkrieg werden konnte, ja mußte. Daß sich der deutsche, der italienische und schließlich auch der japanische Neoimperialismus dann doch noch zu einem einzigen kriegerischen Geschehen verbanden, geht auf Hitlers Entschluß zurück, das „polnische Problem“ auf kriegerischem Wege zu lösen und damit den großen, wenn zunächst auch noch europäischen Krieg zu wagen. Seine Siege schufen die Voraussetzun-

gen für die Ausweitung dieses großen europäischen Krieges zum eigentlichen globalen Kriegsgeschehen, indem die außereuropäischen Großmächte 1941 ebenfalls eingriffen. Japan griff ein, weil es die europäischen Gegner Deutschlands, die zugleich seine kolonialen Gegner im pazifischen Raume waren, endgültig geschlagen wähnte und weil es hoffte mit Amerika allein fertig zu werden. Die USA griffen ein – wobei sie vor dem schwierigen Entschluß zum Kriegseintritt durch den japa-

nischen Überfall und die deutsche Kriegserklärung bewahrt wurden –, weil sich in Amerika endgültig die Erkenntnis durchgesetzt hatte, daß die Sicherheit der USA nicht mehr gewährleistet sein würde in einer Welt, die von den totalitären und militaristischen Mächten beherrscht wäre. Alle diese Entschlüsse gingen letztlich zurück auf Hitlers Entschluß, Polen zu überfallen. Oder anders ausgedrückt: Hitlers Angriffsbefehl vom 1. September 1939 hat den Zweiten Weltkrieg ausgelöst.

## Eine tendenziöse Auffassung vom Ursprung des Zweiten Weltkrieges: David L. Hoggan

Nach der herrschenden Lehrmeinung über die Ursachen und den Ursprung des Zweiten Weltkrieges gaben die Kriegspläne Hitlers und darüber hinaus seine Ideologie vom Vorrang des deutschen Volkstums und vom notwendigen Lebensraum für „Großdeutschland“ den entscheidenden Anstoß. Dieses Großdeutschland sollte wiedererrichtet werden und zwar durch eine politisch-territoriale Vereinigung aller Deutschen, deren Wohngebiete nach den Pariser Vorortverträgen den Nachbarstaaten angegliedert worden waren oder auch, was für die Deutschen Österreichs galt, einen eigenen Staat bildeten.

Diese Auffassung hat in die Handbücher der Geschichte Eingang gefunden und ist kritisch und unter Auswertung der Urkunden vom deutsch-schweizerischen Historiker Walther Hofer in seinem Buch „Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939“ dargestellt worden, wobei er sich auf die veröffentlichten diplomatischen Dokumente und die im Druck erschienenen Erinnerungen der Hauptbeteiligten stützte.

Eine Revision dieser Auffassung fand sich bereits in der Behandlung des Themas durch den britischen linksstehenden Historiker A. J. P. Taylor in seinem Werk „Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges“ angedeutet. Denn Taylor hatte, um den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu erklären, seine Aufmerksamkeit nicht nur auf die Politik Hitlers gelenkt, sondern auch auf jene des polnischen Außenministers Oberst Beck und seine unsteten Beziehungen. Beck habe einerseits Kontakte mit dem nationalsozialistischen Deutschland gepflegt, angesprochen von dessen diktatorischem und antikommunistischem, seinem eigenen verwandten Regime. Auf der anderen Seite habe er Verbindungen mit den westlichen Alliierten unterhalten, die seinem Land die Grenzen von 1919 gegeben und ihm die Vorrangstellung in der Freien Stadt Danzig eingeräumt hatten, wobei er über die unentschiedene Haltung Frankreichs und Großbritanniens in der Krise, die zu der großen bewaffneten Auseinandersetzung führte, im klaren gewesen sei.

Und nun hat ein nordamerikanischer Historiker, David L. Hoggan, in seinem Buch „Der erzwungene Krieg“, das vorerst nur auf deutsch und in Deutschland erschienen ist, die Revision so weit getrieben, daß er die herrschende Meinung völlig auf den Kopf stellt. Danach habe nicht Deutschland den Krieg entfesselt, sondern Polen, unterstützt von der britischen Diplomatie; eindeutig gesprochen: die Verantwortung für den Krieg hätten der Pole Józef Beck, der Leiter der Außenpolitik seines Landes von 1932 bis 1939, und der Engländer Lord Halifax, Inhaber desselben Amtes im britischen Kabinett von 1938—1940, gehabt.

Nach Hoggan hat Hitler keinen Krieg mit Polen gewollt; lediglich die polnische Weigerung, die Danzig-Frage in dem von Deutschland vorgeschlagenen Sinne zu behandeln, habe schließlich zu der äußersten Maßnahme, dem Kriege, geführt. Kein Pole, so argumentiert der amerikanische Historiker, hätte vergessen können, daß sein eigener Staat zu einem Zeitpunkt errichtet worden war, da die Russen und die Deutschen machtlos waren, und daß sich folglich für Polen in dem Maße, wie diese beiden mächtigen Nachbarstaaten wiedererstarkten, immer größere Gefahren abgezeichnet hätten. Jedenfalls habe der frühere Oberst Beck geglaubt, die Zauberkunst zu beherrschen, die Außenpolitik seines Landes so zu führen, daß sie nicht auf die Klippen von Moskau und Berlin auflief, d. h. nicht mit deren Ansprüchen in Konflikt geriet.

Auch noch als der Führer des Reiches seit 1938 die Rückkehr Danzigs zum deutschen Staat forderte, sei Hitler weiterhin von Beck als Freund Polens betrachtet worden; er sei überzeugt gewesen, daß sich der Diktator Deutschlands niemals auf Kosten Polens mit Sowjetrußland verständigen würde. Gleichzeitig habe er für sein Teil an dem Grundsatz festgehalten, wonach es Polen niemals zulassen würde, daß Danzig — das Sinnbild der polnischen Unabhängigkeit, wenn die Stadt auch unter der Kontrolle des Völkerbundes

stand — in die Gewalt der Deutschen käme. Gerade weil er überzeugt gewesen sei, daß der Fall der Freien Hansestadt auch den Zusammenbruch der Machtstellung Polens herbeigeführt hätte, sei Beck entschlossen gewesen, in der Danzig-Frage keinen Millimeter zu weichen.

Aber in dem diplomatischen Spiel, das sich angesichts des deutschen Anspruchs entspann, sei ihm ein Bundesgenosse zu Hilfe geeilt. Und dieser Verbündete konnte für Beck, der nach Hoggan die Franzosen verachtete, die Russen haßte und die Deutschen geringschätzte, nur Großbritannien sein.

Großbritannien habe jedoch für Danzig immer eine Kompromißlösung befürwortet und zu diesem Zweck eine direkte Verständigung zwischen Polen und Deutschland begünstigt, wie 1938 in der Sudetenfrage. Deshalb habe Beck, immer nach Hoggan, um einen Druck auf die britische Diplomatie auszuüben, London glauben gemacht, er beabsichtige, sich der Achse Berlin—Rom anzuschließen. Und als die britischen Diplomaten, davon beunruhigt, einen Weg gesucht hätten, um zu verhindern, daß Polen eindeutig in die deutsch-nazistische Einflußsphäre geriet, habe London das Gerücht verbreiten lassen, deutsche Truppen hätten sich gegen die polnischen Grenzen in Bewegung gesetzt, um auf die Regierung in Warschau Druck auszuüben. Die Engländer hätten, ohne zu bemerken, daß mittlerweile Danzig der Hauptgrund für die Gegensätze in den polnisch-deutschen Beziehungen geworden war, 1939 ein Beistandsversprechen für Polen abgegeben.

Gestützt auf diese Garantie, habe Beck jede weitere Verhandlung mit Deutschland abgelehnt und schließlich darauf gedrängt, zu den Waffen zu greifen. Nach Hoggan habe aber Beck die Teilmobilmachung der polnischen Streitkräfte befohlen, ohne den Aufmarsch der deutschen Truppen an den Grenzen seines Landes abzuwarten. Er habe die Repressalien gegen die polnischen Staatsbürger deutscher Abstammung verschärft und auf diplomatischer Ebene auch die Verhandlungen über ein Bündnis mit der UdSSR, zu welchem die Briten geraten hatten, abgebrochen und damit den Weg zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 geebnet. Auch sei an Danzig, nunmehr unter nationalsozialistischer Verwaltung, ein Ultimatum mit der Drohung geschickt worden, man werde die Stadt von der Lebensmittelfuhr abschneiden.

Auf diese Weise habe die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg unvermeidlich gemacht, indem sie erst eine andauernde Krisenlage geschaffen und sich sodann gewei-gert habe zu verhandeln, um die Krise zu beheben.

Hoggan stützt seine Auffassung auf eine Menge polnischer Urkunden, die jedoch nicht isoliert gesehen werden dürfen, sondern in die größeren Perspektiven des diplomatischen Notenwechsels der vielen interessierten Mächte einzureihen und von daher zu betrachten sind. In Wirklichkeit kann die Lehrmeinung, die wir dargestellt haben, als Ausdruck der isolationistischen amerikanischen Geschichtsschreibung aufgefaßt werden, die Roosevelt den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg nicht verzeihen will. Nicht zu Unrecht hat die deutsche Zeitschrift „Der Spiegel“ in einer Analyse von Hoggans Buch an die revisionistische Haltung anderer amerikanischer Historiker wie Charles A. Beard, Harry E. Barnes und Charles C. Tansill erinnert. Daß Hoggans Buch philonazistischen Standpunkten entgegenkam, geht nur zu deutlich daraus hervor, daß es von dem Verlag eines Organs von Deutschen, die dem Nationalsozialismus nachtrauern, veröffentlicht wurde.

In Wirklichkeit genügt es, die veröffentlichten Urkunden nachzuprüfen, um kritisch feststellen zu können, daß der Angriff auf Polen bereits am 23. Mai 1939 von Hitler beschlossen wurde und daß von jenem Zeitpunkt an auch die diplomatische Tätigkeit auf die Isolierung Polens zielte. Der für den 26. August befohlene Angriff wurde nur verschoben dank der Intervention Mussolinis und weil die britische Garantie in ein Militärbündnis umgewandelt worden war, gerade zu dem Zeitpunkt, in welchem der Druck Londons auf Polen stärker wurde, damit es zu Verhandlungen auf der Grundlage einer Preisgabe Danzigs käme. Und auch die Teilmobilmachung, die Beck auf die am 29. August eingetroffene Nachricht vom Aufmarsch der deutschen Truppen beschloß, wurde gerade im Hinblick auf allgemeine Verhandlungen verschoben. Der Angriffsbefehl an die Wehrmacht für den 1. September erging folglich gleichzeitig mit dem polnischen Mobilmachungsbefehl. Zur Rechtfertigung seines Angriffs auf Polen hat sich Hitler niemals auf die polnische Mobilmachung berufen, was er aus propagandistischen Gründen getan hätte, wenn Hoggans Geschichtsauffassung richtig wäre.

## Der Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 in der Sicht der sowjetischen Geschichtsschreibung

Um die Deutung des Kriegsbeginns im September 1939 in der heutigen sowjetischen Geschichtsschreibung zu verstehen und Klarheit darüber zu gewinnen, ob es sich bei ihr um eine einfache Übernahme von zeitgenössischen Urteilen der damaligen sowjetischen Führung, also Stalins und Molotows, um eine bloße Einfügung ihrer Einzelanalysen in einen jetzt überschaubaren größeren Zusammenhang handelt oder ob sich bis zu einem gewissen Grade ein Wandel in der Sehweise vollzogen hat und damit eine Veränderung oder zumindest eine Differenzierung in der geschichtlichen gegenüber der politischen Bewertung der Ereignisse des Herbst 1939 eingetreten ist, dürfte es sinnvoll sein, zunächst die wichtigsten Äußerungen und Stellungnahmen der sowjetischen Führung zum Kriegsbeginn aus den Monaten August bis Oktober 1939 wiederzugeben. Es kann sich hierbei wie auch in dem folgenden zweiten Teil dieses Aufsatzes, in dem die entscheidenden Werturteile der gegenwärtigen sowjetischen Geschichtsschreibung über das Geschehen des August und September 1939 zusammengestellt werden, nicht darum handeln, jede sowjetische These eingehend auf ihre sachliche Richtigkeit hin zu überprüfen, da dies eine eigene Darstellung und Deutung des Kriegsbeginns, zum Teil auch des weiteren geschichtlichen Hintergrundes notwendig machen würde. Beabsichtigt ist im Rahmen dieser knappen Skizze vielmehr lediglich, die zeitgenössischen und die gegenwärtigen sowjetischen Deutungen einander gegenüberzustellen, um die sowjetische Position zur Kenntnis zu nehmen und zugleich an diesem Beispiel den Zusammenhang von Politik und Historiographie in der Sowjetunion zu beleuchten.

### I.

Am 31. August 1939 feierte Molotow, Regierungschef und Außenkommissar der UdSSR, in einer Rede vor dem Obersten Sowjet den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August als einen Akt sowjetrussischer Staatsräson und als staatsmännische Tat, durch die der Ausbruch eines großen europäischen Krieges verhindert

werde; denn durch diesen Pakt sei eine „Wendung zu besseren Beziehungen zwischen den beiden größten Staaten Europas“ herbeigeführt worden: „Selbst wenn sich Feindseligkeiten in Europa als unvermeidlich erweisen sollten, dann wird ihr Umkreis nun beschränkt sein. Nur die Anstifter eines allgemeinen europäischen Krieges, nur jene, die unter der Maske des Pazifismus einen allgemeinen Brand Europas entfachen möchten, können über diese Wendung der Dinge unzufrieden sein.“<sup>1)</sup>

Schien sich diese Formulierung nur auf einen lokalisierten Krieg zwischen Deutschland und Polen zu beziehen, so machten spätere Ausführungen Molotows in dieser Rede deutlich, daß seine Bemerkungen offensichtlich auch einen Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten einschlossen. Der deutsch-sowjetische Pakt verhindere, so erklärte er in ironischer Argumentation gegen „rasende Kriegstreiber“ in Großbritannien und Frankreich, daß die Sowjetunion für Interessen anderer, das heißt „kapitalistischer“ Mächte in einen Krieg gerate. Die UdSSR befinde sich nun in der günstigen Lage, weder dazu verpflichtet zu sein, „in einen Krieg an der Seite Großbritanniens gegen Deutschland einzutreten noch auch in einem Krieg an der Seite Deutschlands gegen Großbritannien zu kämpfen“<sup>2)</sup>.

Diese am Vorabend des deutschen Angriffs gegen Polen bezogene Position formal korrekter Neutralität fand faktisch mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen am 17. 9., deklamatorisch mit der von Molotow zusammen mit Ribbentrop unterzeichneten „Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR“ vom 28. 9. 1939 ein schnelles Ende:<sup>3)</sup> Nachdem durch den

1) Deutsche Übersetzung der Rede Molotows vor dem Obersten Sowjet am 31. 8. 1939, in: Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten, hrsg. von Michael Freund, Bd. III, Freiburg i. Br., München 1956, S. 185.

2) Ebd., S. 186

3) Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D, Bd. VIII (4. 9. 1939—18. 3. 1940). Frankfurt a. M. 1961 (künftig zit. ADAP D VIII), S. 129 f., Dok. 161.



„deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“<sup>4)</sup> „die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen“ seien, würde es — so hieß es jetzt — dem „wahren Interesse aller Völker entsprechen, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen“. Sollten jedoch die darauf gerichteten „gemeinsamen Bemühungen“ beider Regierungen erfolglos bleiben, „so würde damit die Tatsache festgestellt sein, daß England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden“. Damit hatte sich die Sowjetregierung offen zur Teilung Polens als „endgültiger Lösung“ bekannt, jede Rückkehr zum Status quo ante abgelehnt und den Westmächten die Verantwortung für die Fortdauer des europäischen Krieges zugeschoben, sofern sie nicht bereit waren, sich mit dieser durch eine deutsche und eine sowjetische militärische Aktion herbeigeführten einschneidenden Veränderung in Ostmitteleuropa abzufinden. Die Schlußwendung ließ darüber hinaus ein enges politisches, möglicherweise gar militärisches Einvernehmen der Sowjetunion mit Deutschland vermuten.

Allerdings zeitigte der daran anknüpfende zweite Versuch Ribbentrops — nach einem ersten vergeblichen Bemühen während der Anfangsphase des Polenfeldzuges —<sup>5)</sup> die Sowjetunion in die Rolle eines De-facto-Verbündeten Deutschlands hineinzudrängen und über die beiden mit Deutschland abgeschlossenen Verträge hinaus politisch gegenüber den Westmächten festzulegen, nicht den gewünschten Erfolg, da es Stalin hier (wie schon Anfang September) verstand, die Grenze zwischen einer Deutschland gegenüber wohlwollenden, seine wirtschaftliche und damit militärische Kraft fördernden Neutralität und einer „Nichtkriegführung“ im Stile Mussolinis zu wahren. Am 18. Oktober 1939 ließ Ribbentrop durch den deutschen Botschafter in Moskau

Stalin fragen<sup>6)</sup>, ob er berechtigt sei, in einer für den 24. Oktober geplanten öffentlichen Rede in Danzig Äußerungen Stalins ihm gegenüber während der Verhandlungen in Moskau am 23. 8. wie folgt wiederzugeben: „Deutschland nähme einen stolzen Standpunkt ein, indem es von vornherein jede sowjetische Waffenhilfe ablehne. Die Sowjetunion aber habe Interesse an einem starken Deutschland als Nachbar, und im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien lägen die Interessen der Sowjetunion und Deutschlands durchaus in der gleichen Linie. Die Sowjetunion würde niemals dulden, daß Deutschland in eine schwierige Lage käme.“ Eine solche Version mußte bei den Regierungen der Westmächte so aufgefaßt werden, daß die Sowjetunion eine Niederlage Deutschlands im europäischen Krieg nicht hinnehmen, vielmehr, falls sich das Blatt zuungunsten Deutschlands wenden sollte, gegen die Westmächte eingreifen würde.

Demgegenüber gab Stalin nur seine Zustimmung zu der von ihm selbst verfaßten abgeschwächten Wiedergabe seiner Äußerungen vom 23. August<sup>7)</sup>: „Der Standpunkt Deutschlands, das eine militärische Hilfe ablehnt, flößt Achtung ein. Indessen ist ein starkes Deutschland die unbedingte Voraussetzung für den Frieden in Europa. Hieraus folgt, daß die Sowjetunion an der Existenz eines starken Deutschlands interessiert ist. Daher kann die Sowjetunion sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Westmächte Bedingungen schaffen, die Deutschland schwächen und es in eine schwierige Lage bringen könnten. Hierin liegt die Gemeinsamkeit der Interessen Deutschlands und der Sowjetunion.“ Wenn Ribbentrop schließlich auch aus unbekanntem Gründen darauf verzichtete, diese Fassung der Erklärung Stalins in seine Rede vom 24. Oktober aufzunehmen<sup>8)</sup>, so mußte Stalin doch mit einer Veröffentlichung rechnen, so daß sie als offizielle sowjetische Stellungnahme zum Kriege zwischen Deutschland und den Westmächten zu betrachten ist.

Bewegten sich die bisher zitierten sowjetischen Feststellungen wesentlich im Bereich des machtpolitischen Kalküls und zeigten sie das Interesse an der Aufrechterhaltung des Gleich-

4) ADAP D VIII, S. 127 ff., Dok. 157—160: Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939 nebst drei vertraulichen und geheimen Zusatzprotokollen.

5) Darstellung dieses Versuchs auf Grund der deutschen Akten von Philipp W. Fabry, Der Hitler-Stalin-Pakt 1939—1941, Darmstadt 1962, S. 135 ff.

6) ADAP D VIII, S. 243 f., Dok. 271.

7) ADAP D VIII, S. 252, Dok. 280.

8) Jedenfalls sind die Äußerungen Stalins in der gedruckten Fassung der Rede Ribbentrops (Dokumente der deutschen Politik, Bd. VII, Teil 1, Berlin 1942, S. 362—381) nicht enthalten.

gewichtszustandes zwischen den verfeindeten „kapitalistischen“ Mächten und an der Stärkung des mutmaßlich schwächeren Gegengewichts gegen die Westmächte (Deutschland), so suchte Molotow in seinem „Bericht an den Obersten Sowjet“ vom 31. Oktober 1939<sup>9)</sup> die Westmächte mit dem Verdikt der „Aggression“ zu belasten und sie damit unter Verwendung des bisher gegen Hitler und den „Faschismus“ gerichteten Vorwurfs moralisch zu diffamieren. In den letzten Monaten, so meinte er, habe der Begriff des „Aggressors“ eine neue Bedeutung gewonnen. Man könne ihn nicht mehr in dem gleichen Sinne wie noch vor drei oder vier Monaten gebrauchen. Heute strebe Deutschland nach einer frühest möglichen Beendigung des Krieges und nach Frieden, während Großbritannien und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges und gegen den Abschluß eines Friedens seien. Die Rollen Deutschlands und der Westmächte seien also vertauscht. In der gleichen Rede bezeichnete Molotow — unbekümmert um die am 17. September offiziell verkündete Version von der „Befreiung“ der Ukrainer und Weißruthenen in Ostpolen nach dem „Zerfall“ der polnischen Regierungsgewalt — den Einmarsch der Roten Armee als einen „Schlag“, der zusammen mit der deutschen militärischen Aktion zum „Zerfall“ Polens, dieser „Mißgeburt des Versailler Vertrages“, geführt habe<sup>9a)</sup>.

In ähnlicher Tendenz gegenüber den Westmächten waren Stalins Bemerkungen zum Kriege, die die „Iswestija“ am 29. November 1939 veröffentlichte, und Molotows Reden vom 6. November 1939 und vom 29. März 1940 gehalten. Die „Friedens-Offensive“ der Kommunisten in allen Ländern fügte sich in den Rahmen dieser die Zeit des sogenannten „Drôle de guerre“ über anhaltenden Bewertung des Krieges und der Rolle der Westmächte ein<sup>10)</sup>. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Sowjetunion sich in der ersten großen Phase des Krieges nicht auf eine — in der zeitlichen Abfolge graduell wechselnde — politische<sup>11)</sup>,

vor allem aber wirtschaftliche<sup>12)</sup> Unterstützung Deutschlands beschränkte, sondern daß die sowjetische Führung in ihren offiziellen Verlautbarungen eindeutig gegen die Kriegspolitik der Westmächte Stellung bezog, während Hitler als Vertragspartner eine wohlwollende, wenn auch zurückhaltende Beurteilung erfuhr, indessen jede — auch partielle — Identifizierung mit seiner Politik und Kriegführung vermieden wurde.

## II.

Wie sieht nun die sowjetische Geschichtsschreibung heute, 25 Jahre später, nach den mehrfachen „Entstalinisierungs“-Wellen, die auch die Geschichtsschreibung erfaßten, die Ereignisse des Herbstes 1939? Wir beschränken uns in dem folgenden Resümee im wesentlichen auf die beiden wichtigsten offiziellen Darstellungen aus der jüngsten Zeit, die von einem Autorenkollektiv des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen unter Federführung von W. G. Truchanowski erarbeitete „Geschichte der internationalen Beziehungen 1917—1939“<sup>13)</sup> und den I. Band der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion herausgegebenen „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“<sup>14)</sup>. Bei dem Versuch die in diesen Werken vertretenen Thesen zum Kriegsbeginn 1939 zu verstehen, muß man davon ausgehen, daß in der sowjetischen Geschichtsschreibung wohl auch für den Krieg 1939—1945 die Sammelbezeichnung „Zweiter Weltkrieg“ verwendet wird, doch stellt in ihrer Sicht, die von den Axiomen des Historischen Materialismus im großen und den jeweiligen politisch-ideologischen Positionen der kommunistischen Parteiführung im einzelnen bestimmt ist, der Herbst 1939 keine tiefgreifende Zäsur dar. Die wesentlichen Einschnitte in der Geschichte der internationalen Beziehungen seit der „Großen Sozialistischen Revolution“ 1917 sind für sie die Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929—1933 und dann später das Jahr 1941. Die durch die Weltwirtschaftskrise verschärften „Widersprüche des Imperialismus“ als der „Spätstufe des Kapitalismus“ traten — nach dieser Sicht — mit Japans Griff nach der Mandchurei 1931 erstmals klar

9) Soviet Documents on Foreign Policy. Ed. by J. Degras, vol. III, 1933—1941, London—New York—Toronto 1953, S. 388 ff.

9a) In seiner Antwort auf Ribbentrops Glückwünsche zum 60. Geburtstag am 21. 12. 1939 sprach Stalin daher von der „mit Blut besiegelten“ deutsch-sowjetischen Freundschaft.

10) Vgl. hierzu u. a. G. L. Weinberg, Germany and the Soviet Union 1939—1941, Leiden 1954, S. 64 f.; A. Rossi, Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis, Köln 1954, S. 85 ff.

11) Hierzu Weinberg, a. a. O., S. 65 ff.; Fabry, a. a. O., S. 163 ff.

12) Hierzu vor allem F. Friedensburg, Die sowjetischen Kriegslieferungen an das Hitlerreich, in: Vierteljahrshefte für Wirtschaftsforschung 1962, S. 331—338

13) Deutsche Ausgabe: Berlin 1963 (künftig zit.: Truchanowski).

14) Deutsche Ausgabe: Berlin 1962 (künftig zit.: G. d. Gr. V. Kr.).

zutage. Hier kündigte sich die „Gefahr eines Krieges um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären“<sup>15)</sup> zwischen den beiden Gruppen der imperialistischen Großstaaten an: den bei der Verteilung der Welt zu kurz gekommenen und den weitgehend saturierten Mächten. Die Eroberung Abessiniens durch Italien (1935/36) stellte im Rahmen dieses sich ständig verschärfenden Gegensatzes eine weitere Stufe an einem neuen „Krisenherd“ dar, die Expansion Hitler-Deutschlands in Europa 1938 und 1939 schließlich nur eine dritte und letzte; denn alle waren „die Glieder ein und derselben Kette“<sup>15a)</sup>. „Der Zweite Weltkrieg, mit dessen Ausbruch die erste Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus ihr Ende fand“<sup>16)</sup>, war — wie der Erste — aus dem kapitalistischen System entstanden und ein Ergebnis der in der Welt auf der Grundlage des Monopolkapitalismus bestehenden wirtschaftlichen und politischen Gegensätze. Er begann als imperialistischer Krieg.“<sup>17)</sup>

Allerdings bestand in der ganzen Zeit seit 1917 — in sowjetischer Sicht — mit wechselnder Stärke in den einzelnen Zeitphasen die Gefahr, daß die verschiedenen Gruppen der kapitalistischen Mächte sich untereinander einigten und entweder gemeinsam gegen die einzige „sozialistische“ Macht, die Sowjetunion, zu Felde zogen oder die saturierte Staatengruppe die besonders „aggressiven“ Staaten, die „faschistische“ Gruppe, von der Bedrohung des eigenen Besitzes fort gegen die Sowjetunion ablenkte. Ziel der sowjetischen Außenpolitik mußte es demnach sein, die seit der Mitte der zwanziger Jahre mehrfach in bedrohliche Nähe rückende Verständigung der kapitalistischen Großmächte in Europa (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien) zu verhindern<sup>18)</sup>. Im Zuge dieser Politik bildete

15) Truchanowski, S. 290.

15a) G. d. Gr. V. Kr., S. XXII.

16) Die zweite Etappe der „allgemeinen Krise des Kapitalismus“ liegt nach Auffassung der sowjetischen Geschichtsschreibung im Zweiten Weltkrieg selbst.

17) Truchanowski, S. 462.

18) Entsprechend auch im Fernen Osten eine Verständigung zwischen Japan, den USA und Großbritannien. — Auf diesen Grundzug der sowjetischen Außenpolitik hat zuletzt G. v. Rauch, Stalin und die Machtergreifung Hitlers, in: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, hrsg. von W. Markert, Stuttgart 1964, S. 117 ff., besonders S. 135 f. hingewiesen. Vgl. auch die Bemerkungen von R. Löwenthal im gleichen Bande S. 113 f. (Vorabdruck der Beiträge von Rauch und Löwenthal in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/64 v. 4. 3. 64.)

der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 einen Höhepunkt, da nach sowjetischer zeitgenössisch-politischer wie „historischer“ Auffassung in den britisch-deutschen „Geheimverhandlungen im Juni bis August 1939“<sup>19)</sup> — gemeint sind die Gespräche Wohlthats mit Hudson und Wilson in London —<sup>20)</sup> „die damalige englische Regierung eine Übereinkunft mit Hitler-Deutschland auf Kosten der Sowjetunion, Chinas und anderer Länder“ vorbereitete<sup>21)</sup>. Den Pakt mit Deutschland habe die damalige sowjetische Führung zur Sicherung der Sowjetunion vor einer drohenden kapitalistischen Verschwörung abschließen müssen: „Mit diesem klugen Schritt in dieser schwierigen und gefährlichen Situation der politischen Vorkriegsgeschichte durchkreuzte die Sowjetunion die Absicht der westlichen Imperialisten, die UdSSR sofort in einen Zweikampf mit Deutschland zu verwickeln und selbst der ‚lachende Dritte‘ zu sein... Diese Entwicklung hat N. S. Chruschtschow später sehr treffend in dem Bild vom deutschen Faschismus als einem sehr wertvollen Hund festgehalten, den die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA sorgsam pflegten, um ihn gegen die UdSSR zu hetzen, und der sich von der Kette riß und diejenigen anfiel, die ihn großgezogen hatten.“<sup>22)</sup> Mit diesem Bilde ist bereits angedeutet, daß das Urteil Molotows vom 31. Oktober 1939, die Westmächte, nicht Hitler seien als „Aggressoren“ zu betrachten, in der gegenwärtigen Geschichtsschreibung nicht wiederholt wird. Man distanziert sich allerdings auch nicht ausdrücklich davon. Die These lautet: Hitler löste durch seinen „Überfall“ auf Polen den Krieg

19) Schon die Veröffentlichung der erbeuteten „Dirksen-Papiere“ (unter dem Titel: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. II., Moskau 1949) diente dem Zweck, das „Doppelspiel“ der britischen Regierung, die gleichzeitig in Moskau mit der Sowjetunion über ein Bündnis gegen Hitler und insgeheim mit einem deutschen Emissär verhandelte, anzuprangern. Spezialistin für das Thema der Wohlthats-Gespräche ist die sowjetische Historikerin Alice Teichowa. Ihre letzte Darstellung: „Die geheimen britisch-deutschen Ausgleichsversuche zur Zeit der englisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen (1939)“, in: Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg, hrsg. von der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Bd. 2., Berlin 1961, S. 581—615.

20) Auf westlicher Seite fehlt bedauerlicherweise noch jede größere wissenschaftliche Arbeit über diese ohne Zweifel hochbedeutsamen Gespräche in der letzten Phase der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges

21) Truchanowski, S. 447.

22) Ebda., S. 461 f.

aus. So heißt es etwa bei Truchanowski in lakonischer Kürze hierzu: „Am 1. September 1939 überfiel Hitler-Deutschland Polen. Damit begann der Zweite Weltkrieg.“<sup>23)</sup> Von einer alleinigen oder vorwiegenden Belastung Hitlers mit dem Kriege von 1939 ist auch in der heutigen sowjetischen Geschichtsschreibung nicht die Rede. Dies ist nicht überraschend; denn für sie steht nicht die Frage einer individuellen „Schuld“ oder der Verantwortung einer Regierung für den Krieg zur Diskussion, sondern — entsprechend der marxistisch-leninistischen Deutung der Geschichte — die Frage nach den „ökonomischen Ursachen“: „20 Jahre lang hatten die Westmächte dem deutschen Imperialismus geholfen, sein kriegswirtschaftliches Potential zu stärken. Diese Politik hatte jedoch objektiv dazu geführt, daß Deutschland sich — mit aktiver Unterstützung der Westmächte — zu einem starken imperialistischen Konkurrenten entwickelte. Mit dem Anwachsen des kriegswirtschaftlichen Potentials, mit der Besetzung fremder Territorien durch Deutschland wuchsen und verschärften sich die imperialistischen Gegensätze zu den Westmächten. Diese Entwicklung nahm zwei Jahrzehnte in Anspruch und führte letzten Endes zum Zweiten Weltkrieg. Hierin lagen seine ökonomischen Ursachen.“<sup>24)</sup> „So wurde der Zweite Weltkrieg durch die Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus geboren und entstand innerhalb dieses Systems.“<sup>24a)</sup>

In der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ wird zwar einerseits von der „faschistischen Aggression“ gegen Polen gesprochen, doch heißt es mit Blick auf den europäischen Krieg: „Beide imperialistischen Gruppierungen fielen übereinander her.“<sup>25)</sup> „Die Schuldigen waren die Imperialisten aller Länder, das System des modernen Kapitalismus selbst.“<sup>25a)</sup> Für die Westmächte war Polen „nur ein Aufmarschgebiet der Faschisten für den Einfall in die UdSSR“<sup>26)</sup>. In der Tatsache, daß die Westmächte während des Polenfeldzuges keine Offensivaktionen an der deutschen

Westgrenze unternahmen<sup>27)</sup>, obwohl die militärische Schwäche Deutschlands offenkundig war<sup>28)</sup>, „kommt der imperialistische Charakter des Krieges Englands und Frankreichs klar zum Ausdruck“<sup>29)</sup>. „Ihre Untätigkeit im Kampf gegen das faschistische Deutschland war nicht zufällig. Die herrschenden Kreise dieser Länder setzten damit ihre bisherige Politik fort, die aus den Grundlagen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung herrührte; sie betrieben also Münchener Politik mit anderen Mitteln weiter.“<sup>30)</sup> „Auch die USA spielten bei der Niederlage Polens keine unwichtige Rolle. Sie unternahmen nichts, die faschistischen Aggressoren zu bändigen, sondern unterstützten die Münchener Politik Englands und Frankreichs gegenüber Polen.“<sup>31)</sup>

Als eine der „Hauptursachen“ für die Niederlage Polens, „eines der reaktionärsten Staaten Europas“, wird die „kurzsichtige antisowjetische Außenpolitik seiner Regierung“ bezeichnet: „Nur eine enge Freundschaft, ein Bündnis mit der UdSSR und die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront hätte Polens Unabhängigkeit und Souveränität sichern können.“<sup>32)</sup>

Die Autoren der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ sprechen — unter Zitierung Chruschtschows — von der doppelten Zielsetzung der „Imperialisten der westlichen Länder während des Zweiten Weltkrieges“, die „eng miteinander verbunden“ gewesen seien: sie wollten „den sozialistischen Sowjetstaat der Werktätigen vernichten, die besten Errungenschaften der Arbeiterklasse, der Werktätigen im Blute der Völker erträn-

27) Die sowjetische Geschichtsschreibung zitiert dabei den britisch-französischen Grundkriegsplan vom 4. 5. 1939 (nach J. R. M. Butler, *Grand Strategy*, vol. II, September 1939 — June 1941, London 1957, S. 12), in dem es heißt, „daß das Schicksal Polens von dem endgültigen Ergebnis des Krieges abhängen wird und daß das wiederum von unserer Fähigkeit abhängen wird, Deutschland schließlich zu besiegen, und nicht davon, ob wir im Anfang den Druck auf Polen abschwächen.“ (Im Original heißt der Schluß: ... and not on our ability to relieve pressure on Poland at the outs.)

28) Hierbei stützt sich die sowjetische Darstellung vor allem auf die Aussage Jodls vor dem Internationalen Militär-Tribunal in Nürnberg (IMT), daß Deutschland schon 1939 zusammengebrochen wäre, wenn sich die „rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen“ nicht während des Polenfeldzuges völlig untätig verhalten hätten (IMT, Bd. XV, S. 385 f.).

29) G. d. Gr. V. Kr., S. 250.

30) Ebda., S. 250.

31) Ebda., S. 253 f.

32) Ebda., S. 254.

23) Truchanowski, S. 461. Ähnlich in der G. d. Gr. V. Kr., S. XXIII: „Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen als ein Zusammenstoß zweier Koalitionen der kapitalistischen Großmächte. Seinem Ursprung nach war er ein imperialistischer Krieg.“

24) Truchanowski, S. 461.

24a) G. d. Gr. V. Kr., S. XXII.

25) Ebda., S. 247.

25a) Ebda., S. XXIII.

26) Ebda., S. 250.

ken und gleichzeitig ihre deutschen Konkurrenten schwächen" 33). In sowjetischer Sicht war also das Hauptziel der Westmächte die „Vernichtung“ der Sowjetunion, während sie Deutschland nur „schwächen“ wollten. Allerdings: „Der Charakter der Strategie der USA und Englands in den verschiedenen Etappen des Krieges wurde dadurch bestimmt, welches dieser beiden Ziele in dieser oder jener Etappe die Politik stärker beeinflusste.“ 34)

Damit ist die Drei-Phasen-Theorie der sowjetischen Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg angedeutet, die durch den Gegensatz vom verwerflichen „imperialistischen Eroberungskrieg“ und vom „gerechten Krieg“ der „Volksmassen“ gegen die imperialistischen Unterdrücker und Eroberer zugleich mit einer Wertung verbunden ist 35). Vom September 1939 bis zum Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 handelte es sich nach dieser Theorie um einen rein imperialistischen Krieg, der von den Kräften des „Volkes“ (das heißt den Kommunisten auf Grund der Parolen Stalins und Molotows) abgelehnt wurde. Die Zeit von Juli 1940 bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 stellt dann eine „Übergangsperiode“ dar, in der sich durch den wachsenden Widerstand der „Volksmassen“ (in Großbritannien wie auch in den von Deutschland besetzten Gebieten Kontinentaleuropas) der Übergang zum „gerechten Krieg“ anbahnte. Doch erst nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR entwickelte sich der Krieg als Ganzes zum „wahrhaft gerechten Befreiungskrieg“, gewann er zu diesem Zeitpunkt selbst für die „kapitalistischen Teilnehmer der Koalition“ im Westen „einen gerechten und fortschrittlichen Charakter“, wenn auch die „imperialistischen Regierungen“ der Westmächte — der vielfach konstruierte Gegensatz zwischen „Volk“ und „Regierungen“ wird hinsichtlich der imperialistischen Mächte streng durchgehalten —, die sich nur unter dem „Druck der Volksmassen“ zum Bündnis mit der Sowjetunion bequemten, ihr zweites Ziel, wenn schon nicht eine „Vernichtung“, so doch zumindest eine weitgehende Schwächung der Sowjetunion in diesem Kriege zu erreichen, niemals aus den Augen verloren. Der „Große Vaterländische Krieg der Sowjet-

union“ von 1941—1945 war nach sowjetischer Auffassung innerhalb dieser dritten großen Phase des Zweiten Weltkrieges der weitaus bedeutsamste Teil („ein untrennbarer und der wichtigste Bestandteil des Zweiten Weltkrieges“), in dem die Entscheidung über den Ausgang des Gesamtkrieges fiel.

### III.

Aus alledem ergibt sich, daß sich die Deutung des Kriegsbeginns 1939 in der heutigen sowjetischen Geschichtsschreibung von den vorwiegend machtpolitisch argumentierenden und durch die taktische Rücksichtnahme auf den deutschen Vertragspartner bestimmten zeitgenössischen Wertungen Stalins und Molotows vor allem durch die ideologische Verhüllung, in begrenztem Maße auch durch Modifizierung bei Einzelurteilen, dagegen überhaupt nicht im Kern unterscheidet. Die sowjetische Geschichtsschreibung ist auch in den neuesten Darstellungen — trotz aller (im übrigen oft nicht sachgerechten) Auswertung der westlichen Publikationen — hinsichtlich des für eine sowjetische Geschichtsschreibung wesentlichsten Aspekts, der Darstellung der eigenen Außenpolitik, über den im großen festliegenden ideologischen Rahmen hinaus in doppelter Weise eingeeengt: durch eine Reihe von Tabus (etwa Nichtberücksichtigung der geheimen Zusatzprotokolle zu den Verträgen vom 23. August und 28. September 1939, Nichterwähnung der Kriegslieferungen an Deutschland) und durch die Sperrung der Akten des sowjetischen Außenministeriums. Die meisten Äußerungen Stalins und Molotows, die wir zitierten, werden im übrigen stillschweigend übergangen.

Die einzige offene Kritik gegen eine Erklärung der damaligen sowjetischen Führung, die das Werk „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges“ enthält, richtet sich gegen die von uns erwähnten Bemerkungen Molotows vom 31. Oktober 1939 über die Zerschlagung Polens. Offensichtlich ist diese Kritik mit Rücksicht auf das heutige Polen Gomulkas eingefügt worden. Zum sowjetischen Einmarsch in Ostpolen heißt es 36): Molotows „Einschätzung

36) Mehr noch als in den übrigen Zitaten der sowjetischen Darstellungen sind hier unrichtige Behauptungen und Halbwahrheiten miteinander vermischt. Vgl. zur sachlichen Korrektur etwa H. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1916—1960, Stuttgart 1961, ferner ders.: Deutschland, Polen und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, in: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, a. a. O., S. 141 ff. (Vorabdruck in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/64 v. 4. 3. 64).

33) G. d. Gr. V. Kr., S. 256 f.

34) Ebda., S. 257.

35) Vgl. hierzu die Einführung in: B. S. Telpuchowski, Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941—1945, hrsg. und kritisch erläutert von A. Hillgruber und H.-A. Jacobsen, Frankfurt a. M. 1961, S. 62E ff.

stand im Widerspruch zur historischen Wahrheit und zu den Zielen des Befreiungsfeldzuges. Das bürgerlich-gutsherrliche Polen war schon in den ersten Tagen des deutsch-polnischen Krieges zerfallen. Mit ihrem Befreiungsfeldzug erfüllte die Rote Armee ihre internationale Pflicht, sie leistete ihrem Nachbarvolk die unter den gegebenen Umständen einzig mögliche Hilfe. Dieser Feldzug sollte verhindern, daß die ukrainischen und belorussischen Westgebiete durch die faschistischen Truppen besetzt wurden. Das sowjetische Volk hatte den polnischen Staat niemals als „Mißgeburt des Versailler Vertrages“ angesehen. Natürlich begrüßte es nicht die soziale und nationale Unterdrückung im Vorkriegspolen. Auch die der Sowjetunion 1921 mit Unterstützung der Entente aufgezwungenen Grenzen konnte es nicht anerkennen (Polen) verdankte seine Wiedergeburt nicht dem Versailler Vertrag, sondern der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, denn die Sowjetregierung hatte dem polnischen Volk gleich nach der Oktoberrevolution das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung gewährt.“<sup>36a)</sup>

Mag man auch den Widerspruch zwischen der „Friedens-Kampagne“ Stalins und Molotows im Winter 1939/40 und dem Vorwurf in der Geschichtsschreibung, die Westmächte hätten durch ihre Untätigkeit in jener Zeit ihre anti-sowjetische Zielsetzung klar zu erkennen gegeben, für beträchtlich ansehen und verkennen, daß jetzt von einer deutschen „Aggression“ statt von der der Westmächte die Rede ist, so sind die Gemeinsamkeiten im Kern der Aussagen doch weitaus bedeutsamer: in der Grundthese, daß es sich 1939 um einen „imperialistischen Krieg“ handelte, der sich aus dem System des Imperialismus als Spätstufe des Kapitalismus innewohnenden Spannungen, aus ökonomischen Ursachen also, mit Notwendigkeit entwickelte, wobei es das Verdienst der damaligen sowjetischen Führung sei, durch ihre gesamte Außenpolitik in der Vorkriegszeit, besonders aber durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die drohende Gefahr einer Ablenkung dieser Spannungen innerhalb des imperialistischen Lagers durch den Angriff der „faschistischen“

36a) G. d. Gr. V. Kr., S. 295 f.

Mächte auf die Sowjetunion, speziell 1939 eines Zweifrontenangriffs Japans und Deutschlands, abgewendet zu haben. Der erstmals von Stalin in seiner Rede vom 3. Juli 1941 (der ersten nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion) angegebene Zweck des Pakt-Abschlusses, Zeit zu gewinnen, um die sowjetische Rüstung zu vervollkommen, bleibt dabei als Nebenmotiv erhalten. Jedoch werden die Träger dieser Politik, Stalin und Molotow, in dem diplomatisch-geschichtlichen Werk überhaupt nicht mehr namentlich erwähnt, während die Gegenspieler, voran Hitler, immer wieder genannt werden. Dies gilt mit der erwähnten Ausnahme der Kritik an der Äußerung Molotows vom 31. Oktober 1939 auch für das kriegshistorische Werk in seinen politischen Parteien Stets ist nur von der „Regierung der UdSSR“ oder vom „Zentralkomitee“ der KPdSU die Rede<sup>37)</sup>. Dagegen werden Chruschtschows oft recht grobschlächtige Ansichten zum Kriegsbeginn wiederholt als „historische“ Kronzeugnisse verwendet.

In allen entscheidenden Fragen ist indessen die Kontinuität in der Beurteilung der Situation des Herbstes 1939 und in der Bewertung der beteiligten Mächte von den aktuellen politischen Aussagen in der Kriegszeit bis hin zur heutigen Geschichtsschreibung bei weitem beachtenswerter, als es die im ganzen geringfügigen Varianten im Detail sind, die sich im übrigen keineswegs in Richtung auf eine größere Nähe zur historischen Wahrheit hin bewegen, wie das Beispiel der Kritik an der Molotow-Rede zeigt. Eine Überraschung ist dies nicht; denn die Maßstäbe der Beurteilung sind die gleichen geblieben. Sie ergeben sich folgerichtig aus der ideologischen Bewertungsskala des Historischen Materialismus, vor allem aber den machtpolitischen Interessen der Sowjetunion, denen Stalin und Molotow mit einem — ihren „kapitalistischen“ Gegenspielern in beiden „Gruppierungen“ weit überlegenen — nüchtern-realistischen Kalküldienten und denen auch die heutige sowjetische Geschichtsschreibung in des Wortes Doppelsinn „verpflichtet“ ist.

37) Ein groteskes Beispiel hierfür ist die bekannte Rede Stalins vom 10. 3. 1939, die in G. d. Gr. V. Kr., S. 192, als „Bericht des Zentralkomitees“ der KPdSU zitiert wird.